

## Afghanistan am Abgrund?

Die unabhängige Studiengesellschaft für Friedensforschung möchte durch Kurzinformationen interessierte Menschen anregen, sich mit der aktuellen Friedens- und Sicherheitspolitik, auch im Hinblick auf Fragen der Ökologie und der Dritten Welt, kritisch auseinanderzusetzen.

Afghanistan – der Name steht heute für politische Ratlosigkeit, für die Wahl zwischen großen und weniger großen Übeln. Seit nunmehr 30 Jahren erlebt Afghanistan einen Gewaltausbruch nach dem anderen. In Afghanistan geht es darum, so heißt es, eine stabile Demokratie aufzubauen, die Taliban zu entmachten und der zum Teil übel unterdrückten Bevölkerung, besonders den Frauen, zu mehr Selbstbestimmung zu verhelfen. Altbundeskanzler Helmut Schmidt erklärte dazu am 24.09.2009: „Das sind Ziele, die nachträglich in den Vordergrund gestellt worden sind. In erster Linie ging es darum, Al-Qaida die Grundlage zu entziehen. Das war das allererste und wichtigste Ziel des UN-Beschlusses – und das hat man nicht erreicht. Zwar ist in Afghanistan nichts mehr von der Al-Qaida zu sehen, dafür aber im Westen Pakistans, nur ein Haus weiter. Man hätte vorher wissen können, das man dieses Ziel mit den Mitteln, die man zur Verfügung hatte, nicht erreichen kann.“ Als die Taliban 2001 vertrieben wurden, war Afghanistan nur noch ein Gerippe von einem Staat. Es gab weder ausreichend Ärzte, Richter, Beamte, Schulen oder Verwaltungen. Und heute? Der Westen stößt an seine Grenzen: militärisch, politisch und kulturell.



In der Bewertung der derzeitigen Lage sind sich die Experten in folgenden Punkten relativ einig:

- Die Sicherheitslage hat sich seit 2003 zunächst langsam, in den letzten beiden Jahren dann aber deutlich verschlechtert. Dies hängt entscheidend damit zusammen, dass es einerseits im Rahmen des fortdauernden Anti-Terror-Kampfes immer wieder zu Toten und Verletzten unter der Zivilbevölkerung kommt (die Gesamtzahl der Toten seit 2001 wird auf rund 50.000 geschätzt), andererseits in vielen Regionen bisher von Wiederaufbau nichts zu spüren ist.
- Es gibt eine enge Verbindung zwischen militanten islamistischen Aufstandsbewegungen in Pakistan, der Al-Qaida und den Taliban in Afghanistan.
- Die USA und die europäischen NATO-Staaten verfolgten bisher unterschiedliche Ziele und wendeten unterschiedliche Strategien an, um diese Ziele zu erreichen.
- Auch die unterschiedlichen Interessen und Einflüsse von Indien, China, Russland, Iran und den zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken müssen für den Wiederaufbauprozess berücksichtigt werden.
- Der Staatsaufbau in Afghanistan hat bisher, wenn überhaupt, nur marginale Ergebnisse erzielt. Die neue afghanische Demokratie ist allein auf die Interessen der herrschenden Eliten ausgerichtet. Drogenanbau, Drogenhandel, Korruption und Machtmissbrauch stellen ein wachsendes Problem dar.
- Begrenzte Erfolge sind am ehesten in den Bereichen Infrastruktur (Wasserversorgung, Straßenbau), Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung der Städte (insbesondere, aber nicht nur Kabul), Bildung, Gesundheitsversorgung und Minenräumung zu verzeichnen.
- Afghanistan wird auf unabsehbare Zeit von ausländischer Hilfe abhängig bleiben.

Im neunten Jahr dieses Krieges ist klar, dass man die Al-Qaida-Terroristen nicht nur militärisch, sondern vor allem durch Geheimdienste, Polizei und Gerichte bekämpfen muss; dass kein Staatsaufbau funktioniert, wenn mehr Geld für die Verpflegung der ausländischen Truppen als für den Aufbau von einheimischer Polizei verbraucht wird und dass man in einer radikal patriarchalischen Gesellschaft den Frauen am besten hilft, indem man ihren Kampf um Rechte nachhaltig und leise unterstützt, statt ihn zur Legitimation eines Militäreinsatzes zu missbrauchen.

Rund 170 Milliarden Dollar, die bisher durch den Westen ausgegeben wurden, sind eine Menge Geld und 100.000 ausländische Soldaten, die im Lande stehen, eine stattliche Armee – das Ergebnis hingegen ist frustrierend. Dass sich die Afghanen wieder stärker den Taliban zuwenden, ist auch ein Versäumnis der internationalen Gemeinschaft. Sie hat schlicht zu wenig oder an falschen Stellen investiert, um den Afghanen die versprochene Sicherheit zu garantieren und einen Wiederaufbau zu finanzieren, der sich im Alltag be-

merkbar macht. Zudem hat die internationale Gemeinschaft falsche Prioritäten gesetzt. Frauenrechte und demokratische Institutionen sind in einer traditionellen Stammesgesellschaft nun einmal weniger attraktiv als neue Straßen, Kraftwerke oder Brunnen.

Auf die Schnelle wurde ein System von außen implementiert, das jahrhundertealte Macht- und Clanstrukturen außer Acht ließ. Viele Afghanen glauben inzwischen, nicht ihr Präsident, sondern die Vereinigten Staaten bestimmen das Geschehen in ihrem Land. Es gibt in der Bevölkerung ohne Zweifel den Wunsch nach Sicherheit, Frieden und Ruhe – mehr als alles andere. Es haben zwar Wahlen stattgefunden, aber Ausdruck von Demokratie im westlichen Sinn sind diese nur eingeschränkt. Die afghanische Regierung hat die zweiten Präsidentschaftswahlen in der Geschichte des Landes, vom August 2009, massiv manipuliert und in den westlichen Staatskanzleien herrscht peinliches Schweigen. Warum nimmt man die Wahlfälschungen einer Regierung, die mit Milliarden aus dem Westen gefüttert wird, billigend in Kauf? Die Antwort ist erschütternd einfach: Man schweigt, weil man sonst sagen müsste, dass NATO-Soldaten in Afghanistan sterben, um eine korrupte, ineffiziente Regierung an der Macht zu halten.

Vor fünf Jahren hatten sich noch 70 Prozent der Menschen zur ersten Präsidentschaftswahl aufgemacht, und selbst wenn sie ihre Stimme im Auftrag des Stammesältesten oder eines starken Mannes abgegeben haben: Sie versuchten das unselige Gesetz der Geschichte zu brechen, das bisher nur Elend und Krieg vorsah. Bei der Präsidentschaftswahl 2009 sind die meisten Afghanen der Abstimmung von vornherein ferngeblieben: nur ein Drittel Wahlbeteiligung. Das lag nicht nur an den Drohungen der Extremisten, die am Hindukusch auf dem Vormarsch sind. Es war acht Jahre nach dem Sturz der Taliban auch Folge einer weitverbreiteten Apathie, eines verheerenden Gefühls, mit der Stimmabgabe nichts bewirken zu können.

Alleine wird es Afghanistan nicht schaffen. Selbst wenn viele mit den Fremden im Land hadern – ohne die Soldaten und Aufbauhelfer wäre der Bürgerkrieg längst wieder ausgebrochen oder die Taliban hätten die Herrschaft erneut an sich gerissen. 42 Nationen haben sich verpflichtet, Afghanistan im Rahmen der „International Security Assistance Force in Afghanistan“ (ISAF) zu unterstützen. Möglicherweise wissen sie, dass Afghanistan nie befriedet werden kann. Vielleicht gibt es doch so etwas wie ein afghanisches Gemeinwesen, das nur Zeit zum Reifen braucht, starke Sicherheitskräfte und einen Mann an der Spitze, der die richtige Dosierung findet aus Zentral- und Regionalmacht, aus Stammesgesetz und Staatsverfassung. Den Ausgang des afghanischen Experiments kann niemand voraussagen, weder die Realpolitiker, die dem Land noch eine Frist von wenigen Jahren geben und es dann seinem Schicksal überlassen wollen; noch die militärischen Spezialisten, die Fristen von bis zu 15 Jahren setzen; noch die zivilen Helfer, die in den ausländischen Soldaten das Übel sehen und zu vergessen scheinen, wie ihre Mitarbeiter von den Taliban hingemetzelt wurden, als es noch keine fremden Soldaten gab.



# Grundkonstanten in Afghanistan

In der Geschichte Afghanistans lassen sich bis heute einige Grundzüge erkennen, welche die Entwicklung des Landes prägen – es muss daher ein Weg gefunden werden, der die Realität des Landes mit demokratischen Regeln in Einklang bringt. Das vom Westen gewünschte System mag noch so gut gemeint sein – wenn sich die Afghanen damit nicht identifizieren, dürften auch künftige Entwicklungen enttäuschend verlaufen.<sup>1</sup>

Zum einen war der raue, abweisende Naturraum zwar eine ungünstige Voraussetzung für die Etablierung einer zentralen Herrschaft, ermöglichte und unterstützte aber patriarchalische Herrschaft von Nomaden und Clangesellschaften. Aufgrund der kargen landwirtschaftlichen Erträge war allein der Überlandhandel zwischen China, Indien und Persien eine prosperierende Wirtschaftsform. Alle Reiche, die sich in dieser Region herausbildeten, waren daher stets bemüht, eine der umliegenden fruchtbaren Regionen einzuschließen, um einen ökonomischen Überschuss zu erwirtschaften. Sobald ein Reich nur auf das Gebiet des heutigen Afghanistan beschränkt war, reichten die Erträge aus der Landwirtschaft nicht aus, um eine dauerhafte Herrschaft abzusichern. Dies hatte zur Folge, dass seit dem 19. Jahrhundert jeder Herrscher von ausländischer Hilfe abhängig war.

Zum anderen besteht ein eklatanter Gegensatz zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung, welche die große Mehrheit der etwa 29 Millionen Einwohner ausmacht. Die wenigen Städte bildeten die wesentlichen Stationen an den Karawanenstraßen und waren

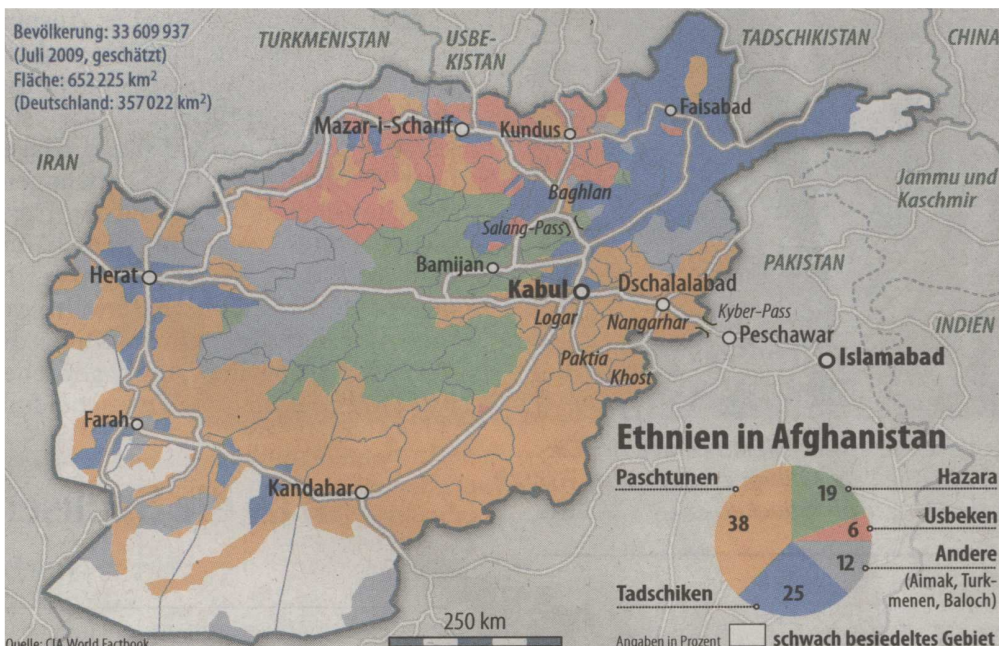
Teil des Handelsnetzwerks der Seidenstraße, während die ländlichen Regionen sich weitgehend selbst überlassen blieben und nur in geringem Austausch mit den urbanen Zentren standen. Dieser Gegensatz zwischen Stadt und Land wurde im Verlauf des 20. Jahrhunderts zur beherrschenden Konfliktlinie. Die Städte, vor allem Kabul, bildeten die Entwicklungsmotoren von Staat und Modernisierung, während im ländlichen Raum traditionelle Gesellschaftsstrukturen bestehen blieben. Ein modernes produktives Bürgertum existiert in diesem Lande nur in Ansätzen und nur in den Städten.

Weiterhin ist die afghanische Gesellschaft durch einen extremen Partikularismus gekennzeichnet. Dörfer, Täler, Clans, Stammesgruppen und religiöse Gemeinschaften stellen in Afghanistan die wichtigsten Identitäts- und Handlungsbezüge dar, auf denen Patronage- und Klientelsysteme aufbauen. Afghanistan ist ein Vielvölkerstaat und hat somit eine Bevölkerung mit sehr unterschiedlichen Loyalitäten. Paschtunen (ca. 38 Prozent), Tadschiken (ca. 25 Prozent), mongolstämmige Hazara (ca. 19 Prozent) und Usbeken (ca. 6 Prozent) sind die größten Völker neben vielen weiteren kleineren. Dari, Paschtu und Usbekisch sind die vorherrschenden Sprachen. Diese starke, kulturelle Zerklüftung diente immer wieder der politischen Mobilisierung. Nicht allein in sprachlicher und ethnischer, sondern auch in religiöser Hinsicht bildet Afghanistan ein äußerst mannigfaltiges Land. Verbindend wirkt, dass fast alle Muslime sind (ca. 84 Prozent Sunniten und ca. 15 Prozent Schiiten). Diese kulturelle Vielfalt nutzten Herrscher und Politiker stets für ihre Interessen.

Ferner ist auffällig, dass Afghanistan immer wieder weltpolitische Geschichte schrieb. Im 19. Jahrhundert bildete das „Great Game“ in Afghanistan zwischen England und Russland den Höhepunkt des Zeitalters des Imperialismus. 1979 beendete die sowjetische Invasion in Afghanistan die Entspannungspolitik des Kalten Krieges und leitete den Zusammenbruch der Sowjetunion ein. Schließlich weisen die Spuren des 11. Septembers 2001 nach Afghanistan.

Diese Großereignisse, mit denen Afghanistan in Verbindung gebracht wird, stehen immer in einer direkten Verbindung zu ausländischer Einflussnahme. Häufig wurden Entscheidungen von enormer Tragweite für das Land in weit entfernten Machtzentren wie London, Moskau oder Washington getroffen. Daher lässt sich Afghanistan kaum ohne Berücksichtigung ausländischer Interessen verstehen.

<sup>1</sup> Vgl. Schetter, Conrad: Kleine Geschichte Afghanistans, München 2004; Koelbl, Susanne / Ihlau, Olaf: Geliebtes, dunkles Land. Menschen und Mächte in Afghanistan, München 2007; Chiari, Bernhard (Hrsg.): Wegweiser Geschichte. Afghanistan, Paderborn 2007; Rashid, Ahmed: Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, München 2002



Es gibt daher gute Gründe, warum Afghanistan für die Welt so wichtig ist. Das Land ist ein Epizentrum geopolitischer Beben, immer wieder wurden von hier aus Kriege ausgelöst. Das afghanische Volk musste sich immer gegen Fremdbestimmung zur Wehr setzen, weil es schon durch seine Lage – umzingelt von anderen Nationen und ohne direkten Zugang zum Meer – ausgeliefert war. Heute verfügen vier der regionalen und näheren Nachbarn über Nuklearwaffen (Russland, Indien, Pakistan, China); ein unmittelbarer Nachbar, Iran, strebt ebenfalls nach der Atombombe.

Diese Schwäche machte Afghanistan zur Geisel von Extremismus und Fanatismus. Nach Sowjet-Besatzung, Bürgerkrieg und Taliban-Herrschaft war der Staat zerstört, somit konnte der islamische Extremismus gedeihen. Hier wurden bis September 2001 die folgenreichsten Terroranschläge der jüngeren Weltgeschichte geplant. Im Umkehrschluss bedeutet das: Wer Afghanistan befriedet, dort – unter Berücksichtigung der lokalen Besonderheiten, vor allem das Machtbedürfnis der Stämme, der Provinzherrscher, der Ethnien – einen funktionierenden Staat aufbaut, der kann der Welt zu mehr Sicherheit und Ruhe verhelfen. Scheitert dieses Projekt, wird es nachhaltige Rückschläge für eine Weltordnungspolitik im Sinne der Förderung von Menschenrechten und menschlicher Sicherheit geben.

Nach dem von den UN legitimierten Einmarsch 2001 (Operation Enduring Freedom, OEF) und dem ISAF-Mandat hat es lange Jahre gedauert, ehe die Welt diese tatsächliche Dimension erfasste. Abgelenkt vom Irak-Desaster und im Glauben, die Taliban und Al-Qaida dauerhaft verjagt zu haben, ignorierte die Weltgemeinschaft unangenehme Fakten: Afghanistan war nach 30 Jahren Krieg nur noch auf dem Papier ein Staat. Bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 43 Jahren gab es nur Wenige, die sich an friedlichere Zeiten erinnerten. Die Elite des Landes war tot oder geflohen, die Analphabetenrate lag bei 75 Prozent, Afghanistan stand an viertletzter Stelle auf der Liste der ärmsten Staaten der Erde. Erst als sich die

Taliban 2006 zurückmeldeten, wurde den westlichen Staaten bewusst, dass Afghanistan erneut abgeleitet könnte. Es dauerte noch einmal drei Jahre, bevor sich ein Konsens bildete: Afghanistan muss die Priorität der internationalen Gemeinschaft genießen. Wer heute durch Afghanistan reist, der sieht die Ergebnisse dieser neuen Strategie: Ja, die Gewalt nimmt wieder zu, aber vor allem deshalb, weil immer mehr westliche Truppen und vor allem die teilweise einsatzbereite afghanische Armee die Auseinandersetzung mit den Taliban suchen.<sup>2</sup> Genauso wächst die Zahl der Afghanen, die von den unzähligen Hilfsprojekten der Geber-Staaten, der UN und der Hilfsorganisationen profitieren. Langsam, viel zu langsam, wächst hingegen die Zahl der afghanischen Richter, Polizisten und Staatsanwälte, der ehrlichen Beamten und der glaubwürdigen Politiker. Die Probleme sind immens: die Korruption, das Drogengeschäft, die Zweifel am Staat und an den Absichten der Fremden.

Vielleicht hätten die Staaten des Westens nach den Anschlägen vom 11.09.2001 nicht die Entscheidung treffen sollen, in Afghanistan einzugreifen. Darüber lässt sich streiten. Aber nun, da sie einmal getroffen ist, kann man die Entscheidung nicht einfach wieder rückgängig machen. Ein UN-gestütztes Mandat mit dem Ziel, ein nichtwestliches Land zu stabilisieren, das dabei seine eigene Kultur behalten soll, allerdings unter Beachtung von Menschenrechten und Sicherheit, kann man nicht einfach aufgeben, ohne dass die politischen Ziele und die Autorität derjenigen, die sie auf ihre Fahne geschrieben haben, nachhaltig Schaden litten.

---

<sup>2</sup> Die ISAF verfügt derzeit über rund 64.500 Frauen und Männer aus 42 Staaten. Die Amerikaner, die bereits in der ISAF das größte Kontingent stellen, haben am Hindukusch im Rahmen der Operation Enduring Freedom (OEF) nochmals gut 30.000 Mann unter Waffen. Zum Vergleich: Als die ISAF 2006 die Verantwortung für das ganze Land von der OEF übernahm, zählte die Truppe 31.000 Mann – sie hat sich also mehr als verdoppelt. Diese beträchtliche, wenn auch zum Teil nur vorübergehende Aufstockung hat zur Folge, dass die ausländischen und afghanischen Truppen nicht nur eine bedeutend stärkere Präsenz in jenen Gegenden zeigen können, in denen sie bereits vorher operierten, sondern auch in neue Gebiete vorstoßen, wo ihre Gegner zuvor weitgehend unbehelligt blieben. Dies hat eben auch zu einer Zunahme der bewaffneten Zusammenstöße und der Bombenanschläge geführt.

## Historische Entwicklung

Die derzeitige Situation in Afghanistan weist einige spezifische Besonderheiten auf, die teils ihren Ausgangspunkt in der Geschichte Afghanistans haben, teils auch die Geschichte des Landes nachhaltig geprägt haben. Letztere sind insbesondere das Fehlen eines wirksamen Gewaltmonopols und staatlicher Strukturen, welche sich in Afghanistan nur bedingt und nie vollständig ausgebildet haben. Zu allen Zeiten hat es starke partikuläre Gewaltstrukturen und lokale Machthaber gegeben, die mit eigenen bewaffneten Truppen agierten und in wechselnden Koalitionen standen und stehen. Durch die seit den späten 1970er Jahren bewaffneten Konflikte, die mit wenigen Jahren Unterbrechung bis 2001 andauerten und seit dem Erstarken der Taliban wieder aufkeimten, sind auch die entsprechenden militärischen Ressourcen wie Waffen und Kämpfer vorhanden, um den entsprechenden Milizen oder „Warlords“ zur Verfügung zu stehen. Daneben

zeichnet sich Afghanistan durch eine besondere kulturelle Vielfalt aus, die kombiniert mit dem abweisenden und stark zerklüfteten Naturraum, dem Hindukusch, zu einer starken Fragmentierung der Gesellschaft und insbesondere einem großem Gegensatz von Stadt und Land geführt hat. Dazu kommt, dass Afghanistan immer wieder von weltpolitischem Interesse war und so die Einmischung anderer Staaten erfahren hat. Zu nennen wären hier exemplarisch die Militärinterventionen der Sowjetunion 1979 und die der USA und ihren Verbündeten 2001. Daneben rufen aber auch Interessen wie der geplante Pipeline-Bau von Zentralasien nach Pakistan, die Einkreisung Irans durch die USA und insgesamt die wichtige geostrategische Stellung Afghanistans als Bindeglied zwischen dem Iran, Pakistan, China und den zentralasiatischen Staaten Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan immer wieder internationale Akteure auf den Plan.

## ISAF und OEF

Es gibt derzeit in Afghanistan zwei militärische Operationsfelder: „**Operation Enduring Freedom**“ (OEF), die sich unter Führung der USA dem Anti-Terror-Kampf widmet, und die Internationale Schutztruppe (**International Security Assistance Force**, ISAF), die von der NATO geführt wird, einen Frieden erzwingenden Auftrag hat und damit für die Stabilisierung des Landes und die Ausbildung der Sicherheitskräfte zuständig ist. Zur ISAF gehören aus zivil-militärischen Komponenten bestehende regionale Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams, PRT). Derzeit agieren 25 von 34 geplanten PRTs in Afghanistan. Im Land sind zudem hunderte nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) präsent. Die Vereinten Nationen sind mit 19 ihrer Sonderorganisationen vertreten, hinzu kommen Arbeitsgruppen, staatliche Wiederaufbauteams sowie das Engagement einzelner Geber-Staaten.

Ursprünglich sollten ISAF und OEF getrennt operieren. Seit 2007 aber verwischen sich die Zuständigkeiten zunehmend, ISAF unter Führung der NATO ist für die Afghanen nicht mehr unterscheidbar von den Kampftruppen der OEF. ISAF wurde mehr und mehr zur Krieg führenden Truppe und fordert mittlerweile in großem Maße Luftunterstützung. Insgesamt werden heute in Afghanistan bereits doppelt so viele Einsätze geflogen wie gegenwärtig im Irak. ISAF wird deshalb von der Bevölkerung immer weniger als eine eigenständige Schutztruppe, sondern als ein Teil der ohne UN-Mandat operierenden Interventionsverbände angesehen, die wenig Rücksicht auf Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung nehmen. Ihre Kriegsführung beruht vorwiegend auf High-Tech-Waffen, durch welche sehr häufig große Kollateralschäden – also Tote und Verwundete unter der Zivilbevölkerung – entstehen.

ISAF unterstützt im Auftrag der Vereinten Nationen (UN) die afghanische Regierung bei der Einhaltung der Menschenrechte, bei der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit und der Ausbildung der Sicherheitskräfte in Streitkräften und Polizei. Darüber hinaus wird die afghanische Regierung bei der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter und der geregelten Rückkehr von Flüchtlingen unterstützt. Die Beteiligung Deutschlands am internationalen Einsatz in Afghanistan beruht auf Beschlüssen des Deutschen Bundestages.

### ► Operation Enduring Freedom (OEF)

Rechtsgrundlage: Resolution 1368 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (12.09.2001)

Ziel: Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch das Ausschalten der Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen und ihre Gerichtstellung.

Beteiligte Staaten: USA, Großbritannien

### ► International Security Assistance Force (ISAF)

Rechtsgrundlage: Resolutionen 1386 (20.12.2001), 1413, 1444, 1510, 1563, 1623, 1707, 1776 und 1833 (23.09.2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

Die Beteiligung Deutschlands am internationalen Einsatz in Afghanistan beruht auf Beschlüssen des Deutschen Bundestages vom 22.12.2001 und 24.10.2003.<sup>3</sup>

Ziel: Unterstützung der afghanischen Regierung bei der Einhaltung der Menschenrechte, bei der Herstellung und Wahrung der inneren Sicherheit und der Ausbildung der Sicherheitskräfte in Streitkräften und Polizei sowie bei der Auslieferung humanitärer Hilfsgüter und der Regelung der Rückkehr von Flüchtlingen.

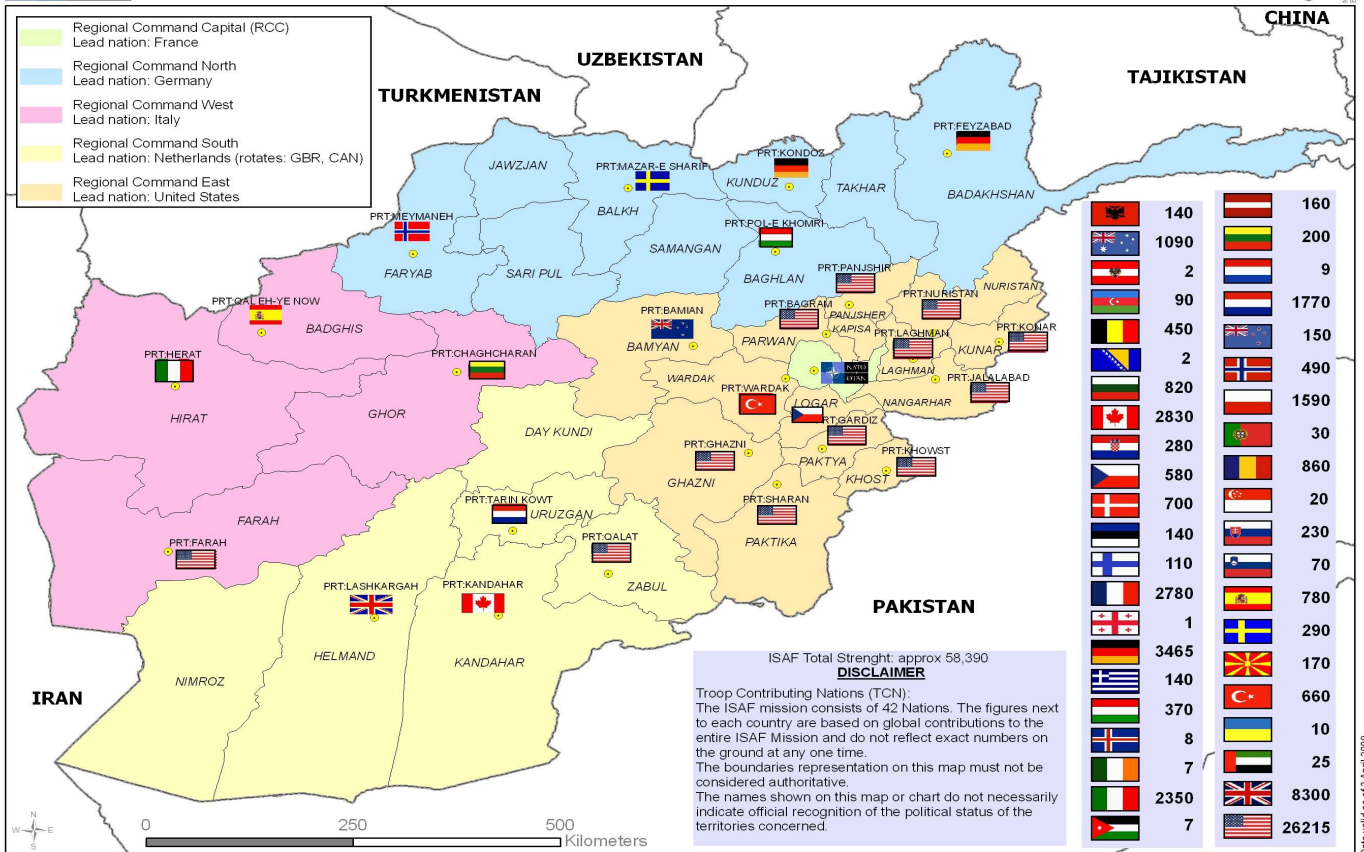
Staaten: Deutschland und weitere 41 Staaten (Stand: 23.07.2009)

Land	Soldaten	Land	Soldaten	Land	Soldaten	Land	Soldaten
USA	29.950	Türkei	730	Mazedonien	165	Ukraine	10
Großbritannien	9.000	Dänemark	700	Lettland	165	Luxemburg	9
Deutschland	4.050	Belgien	510	Neuseeland	160	Singapur	8
Kanada	2.800	Norwegen	485	Estland	150	Island	8
Frankreich	3.160	Bulgarien	470	Griechenland	145	Irland	7
Italien	2.795	Schweden	430	Albanien	140	Jordanien	7
Polen	2.000	Tschech. Republik	340	Finnland	110	Österreich	3
Niederlande	1.770	Ungarn	310	Portugal	90	Bosnien u. Herzegowina	2
Australien	1.090	Kroatien	295	Aserbaidshan	90	Georgien	1
Rumänien	1.025	Slowakei	230	Slowenien	80		
Spanien	780	Litauen	200	Verein. Arab. Emirate	25	<b>GESAMT</b>	<b>64.500</b>

Die ISAF und ihre Truppensteller

<sup>3</sup> Das Mandat des Bundestages für ISAF, befristet bis zum 13. Dezember 2009, beschreibt den Auftrag: „Der ISAF-Einsatz hat unverändert das Ziel, Afghanistan bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit so zu unterstützen, dass sowohl die afghanischen Staatsorgane als auch das Personal der Vereinten Nationen und anderes internationales Zivilpersonal, insbesondere solches, das dem Wiederaufbau und humanitären Aufgaben nachgeht, in einem sicheren Umfeld arbeiten können.“ [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/AfghanistanZentralasien/Mandate.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/AfghanistanZentralasien/Mandate.html) (17.09.2009)

# AFGHANISTAN ISAF RC AND PRT LOCATIONS



Die Einmischung von außen ist aber nicht erst ein neuzeitliches oder gar zeitgeschichtliches Phänomen, vielmehr scheint diese ein grundsätzliches Charakteristikum der Geschichte des Gebietes um den Hindu-Kusch zu sein. Bezeichnenderweise stammt die Staatenbezeichnung Afghanistan erst aus dem 19. Jahrhundert. In der Zeit davor hat die Region nie über lange Zeit ein eigenständiges Reich gebildet. Die Geschichte Afghanistans ist von oft wechselnden Herrschaften und von seiner Brückenstellung zwischen Indien und dem

Westen geprägt, die es immer wieder zum Durchzugsland für Völker und Truppen aus dem Westen bzw. in den Westen machten. Aufgrund seiner Brückenstellung hat das Land viele verschiedene Kulturen und Religionen beherbergt. Zeugnisse dafür waren unter anderem die großen Buddha-Statuen von Bamiyan aus dem 4. oder 5. Jahrhundert n. Chr., die im Jahr 2001 unter Protest der Weltöffentlichkeit von den Taliban zerstört wurden. Auch die Geburtsstätte des Religionsstifters Zarathustra siedelt man im heutigen Afghanistan an.

## Geschichte bis 1979

Im zweiten vorchristlichen Jahrtausend wird das Gebiet des heutigen Afghanistan zum Durchzugsland für die Völkerwanderung, als die indoarischen Stämme vom iranischen Hochplateau in die nordindische Tiefebene zogen.<sup>4</sup> In der folgenden Zeit war die Region in verschiedene Herrschaften eingebunden, welche immer wieder durch die Ankunft neuer Völker zerstört wurden. Seit dem 7. Jahrhundert breitete sich der Islam aus und bis zum 12. Jahrhundert stand die gesamte Region im Einfluss von islamischen Herrscher-Dynastien.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts traten zwei neue Mächte auf den Plan: England und Russland. Damals rangen beide Staaten im „Great Game“ um Einfluss in Afghanistan. Beide Staaten sahen Afghanistan als Schlüssel kolonialer Herrschaft über Asien. Während

die russische Politik vom Drang zum „warmen Meer“ bestimmt war, kamen in der britischen Politik unterschiedliche Strömungen zum Tragen. So lösten sich während des gesamten 19. Jahrhunderts Phasen einer aggressiven „forward policy“ immer wieder mit Phasen einer „Defensivpolitik“ ab.

Trotz unterschiedlicher Vorstellungen bezüglich der Zukunft Afghanistans waren die Briten stets bemüht, einen afghanischen Herrscher zu installieren, der ihren Interessen gewogen war und der das Königreich von Kabul kontrollieren sollte. Aufgrund verhängnisvoller Fehleinschätzungen seitens der Briten, Irritationen zwischen den Briten und den afghanischen Emiren, Regierungswechseln in London sowie der unübersichtlichen Machtverteilung in Afghanistan erfuhren die Briten am Hindu-Kusch jedoch schmerzlich die Grenzen ihrer kolonialen Weltpolitik: 1838, 1878 und 1919 kam es zu Kriegen zwischen Afghanistan und England, aus denen die Kolonialmacht stets angeschlagen hervorging.

<sup>4</sup> Vgl. zu den folgenden Ausführungen zur Geschichte Afghanistans: Schetter, Conrad, Kleine Geschichte Afghanistans, 2004; Ewans, Martin: Afghanistan – A New History, 2002; Chiari, Bernhard (Hrsg.), Wegweiser Afghanistan, i. A. des MGFA, 3. Auflage, Paderborn 2009



Der Erste Britisch-Afghanische Krieg (1838 – 1842) endete in einer der größten Katastrophen der Kolonialgeschichte. Am 27. Juli 1880 trugen die afghanischen Stämme einen historischen Sieg über die britische Armee bei Maiwand nahe der südafghanischen Stadt Kandahar davon (969 britische Soldaten starben). Maiwand avancierte zum nationalen Symbol der Afghanen. Der Tag der Schlacht wurde zum afghanischen Feiertag erhoben.<sup>5</sup>

In den 1890er Jahren wurden die Stammesgebiete zudem in *Tribal Areas* (Federal Administered Tribal Areas = Fata, Stammesgebiete unter Bundesverwaltung) unterteilt, die eine recht hohe Autonomie genossen. Pakistan, das 1948 gegründet wurde, übernahm die von den Briten geschaffenen Sonderregeln. So unterliegt bis heute die Bevölkerung der *Tribal Areas* der *Frontier Crime Regulation*. Dieser Sonderstatus bedingt einerseits eine eklatante Rückständigkeit der Stammesgebiete, garantiert den Stämmen andererseits eine außerordentliche Autonomie.<sup>6</sup>

Bereits während der gesamten britischen Herrschaft über den indischen Subkontinent stellte der Versuch, die paschtunischen Grenzstämme unter Kontrolle zu bringen, eine der größten Herausforderungen für die Kolonialmacht dar. In all den Jahren blieben Versuche, das Gebiet komplett in das eine oder andere Herrschaftsgebiet einzugliedern, erfolglos. Militärische Expeditionen scheiterten und Afghanistan blieb unter dem Einfluss der Großmächte, vor allem Englands, und entwickelte sich so zu einem „Pufferstaat“. England und Russland sind somit „die Geburtshelfer der afghanischen Staatlichkeit“.<sup>7</sup>

Wesentlicher Grundstein der Staatswerdung Afghanistans war die Festlegung seiner Grenze zwischen 1887 und 1895 durch die Kolonialmächte Britisch-Indien und Russland. Aus der Position der Schwäche heraus musste der damalige Emir von Afghanistan, Abdur Rahman Khan, 1893 die Durand-Linie<sup>8</sup> als Grenze zu Britisch-Indien anerkennen. Noch heute trennt sie Afghanistan von Pakistan. Diese Grenze (2.640 Kilometer) verlief nicht nur mitten durch die paschtunischen Stammesgebiete, sondern besiegelte auch endgültig, dass die afghanische Sommerresidenz Peschawar an die Briten und damit letztendlich an Pakistan verloren ging. Bis heute erkennt Kabul aufgrund des afghanischen Selbstverständnisses als „Land der Paschtunen“ die Durand-Linie nicht an. Dies brachte Afghanistan und Pakistan zwischen 1948 und 1975 mehrfach an den Rand eines Krieges.

Die Paschtunen – immerhin ein Volk von weit über 35 Millionen Menschen – fühlen sich, unabhängig von Grenzen, als eine Nation. Überall wo Paschtunen leben, ist für sie „Paschtunistan“, ihr Land. Die Stämme, die sich seit Menschengedenken selbst regieren, haben sich nie an eine zentrale Obrigkeit gewöhnt. Nach wie vor verteidigen sie ihre Lebenswelt gegen die Moderne. Nationale Gesetze bedeuten ihnen wenig. Sie halten sich an den „Paschtunwali“. Gastfreundschaft und Asylrecht stehen an oberster Stelle. Wer sich zu einem Stamm geflüchtet hat, und sei es der schlimmste Feind, wird niemals ausgeliefert, nicht an unmittelbar Geschädigte, nicht an pakistanische Behörden, schon gar nicht an eine ausländische Macht. Da die afghanischen Taliban überwiegend Paschtunen sind, gilt dies auch für sie. Ehre, Familie, Rache und völlige Unterwerfung von Besiegten sind die anderen Kernpunkte des Kodex.

In der Folgezeit sah Afghanistan unter König Amanullah (1919 – 1929) den Versuch weitreichender Reformen nach dem Vorbild der Türkei unter Mustafa Kemal Atatürk, wie die Trennung von Religion und Staat sowie der Einführung von Bürgerrechten. Diese Reformen führten aber zu Aufständen sowohl paschtunischer als auch tadschikischer Stämme, die ihre Eigenständigkeit dadurch gefährdet sahen. Amanullah musste fliehen und die Reformen wurden unter König Nadir Schah (1930 – 1933) weitgehend zurückgenommen. Auf diesen folgte sein Sohn König Sahir Schah (1933 – 1973) der allerdings erst 1963 aktiv in das politische Geschehen eingriff, bis dahin wurden die Regierungsgeschäfte von Verwandten, unter anderem auch von Mohammed Daud, übernommen.



<sup>5</sup> So ist es wohl Ironie der Geschichte, dass gegenwärtig britische Truppen, die im Rahmen des NATO-Engagements im Einsatz sind, gut einhundert Jahre später wieder in der Nähe von Maiwand stationiert sind.

<sup>6</sup> Die pakistanischen Gesetze gelten in den Tälern und Bergen nur mit Einschränkungen. Nach der Verfassung darf die Armee in Stammesgebieten nicht operieren.

<sup>7</sup> Vgl. Baberowski, Jörg: Afghanistan als Objekt britischer und russischer Fremdherrschaft im 19. Jh., in: Chiari, Bernhard (Hrsg.): Wegweiser Afghanistan, i. A. des MGFA, Paderborn, 3. Auflage 2009

<sup>8</sup> Sir Henry Mortimer Durand, war Außenminister der britischen Verwaltung in Indien. Schon der Architekt der Grenze nannte den Grenzzuschnitt „unlogisch vom ethnischen, strategischen und geographischen Standpunkt aus. Die Grenze zerschneidet ein Hauptbecken der Induswasserscheide, sie spaltet eine Nation in zwei Teile, sie teilt die Stämme“.

Mit dem Eintritt Sahirs in die aktive Politik begann eine Zeit Afghanistans, die auch als „Goldenes Zeitalter“ Afghanistans bezeichnet wurde, besonders wegen der Verfassung von 1964, die Afghanistan zu einer konstitutionellen Monarchie machte, und wegen einem bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung, der vor allem aufgrund von Entwicklungshilfe zustande kam, die im vorangegangenen Jahrzehnt in Afghanistan geleistet worden war. Afghanistan profitierte als „blockfreies“ Land vom Kalten Krieg, da sowohl der Ostblock als auch die USA über wirtschaftliche Unterstützung Einfluss zu nehmen versuchten. Wie schon mehrmals zuvor nahm Afghanistan also eine Art „Pufferstellung“ ein und wieder war es diese, die Afghanistan neben Vorteilen auch langfristige Nachteile brachte. Die Entwicklungshilfe, die bis zu 40 Prozent der Staatsausgaben finanzierte, führte zu einer strukturellen Stagnation

und Abhängigkeit der afghanischen Wirtschaft vom Ausland, sie sorgte letztendlich dafür, dass Afghanistan nicht lernte, auf eigenen Füßen zu stehen – ein Zustand der bis heute andauert. Das schlechte Krisenmanagement der Regierung in Zusammenhang mit der Ende der 1960er Jahre einsetzenden Dürre destabilisierte Afghanistan zusätzlich und es kam 1973 zum Putsch durch Mohammed Daud. Dieser brachte sich immer mehr in Abhängigkeit von der Sowjetunion und seine Versuche von Reformen scheiterten. Als sich Daud 1978 vom sowjetischen Einfluss lösen wollte, wurde er im April 1978 durch die Kommunisten in Afghanistan gestürzt. In der Folgezeit kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen kommunistischen und islamischen Kräften, wobei letztere größeren Rückhalt in der Bevölkerung genossen und deshalb die Oberhand zu gewinnen schienen.

## Sowjetische Besatzungszeit und Bürgerkrieg (1979 – 1994)

Sei es, um ein Scheitern der kommunistischen Sache in Afghanistan zu verhindern, sei es, um eine „islamische“ Revolution, wie sie schon den Iran ergriffen hatte, abzuwenden oder sei es, wie die USA damals unterstellten, sich einen eisfreien Hafen am Indischen Ozean zu sichern, am 24.12.1979 besetzte die Sowjetunion Afghanistan.

Die innerafghanische Auseinandersetzung wurde nun für den Ost-West-Konflikt instrumentalisiert. Schon am 3. Juli 1979, also fast ein halbes Jahr vor der sowjetischen Invasion, unterschrieb US-Präsident Jimmy Carter die erste Direktive für eine geheime Unterstützung der radikalen, islamistischen, antikommunistischen und fundamentalistischen Mudschaheddin.<sup>9</sup> Sie sollten die säkulare kommunistische Regierung stürzen. Die USA benutzten den saudischen und pakistanischen Geheimdienst, um ein internationales Netzwerk radikaler islamistischer Fundamentalisten im Kampf gegen die Sowjetarmee auszubilden und zu bewaffnen.

Im Januar 1998 gab Zbigniew Brzezinski, von 1977 bis 1981 Sicherheitsberater des damaligen amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter, dem *Nouvel Observateur* (Le *Nouvel Observateur*, 15. – 21.01.1998) ein bemerkenswertes Interview. Darin räumte er zum ersten Mal öffentlich ein, dass die Amerikaner die afghanischen Mudschaheddin bereits sechs Monate vor dem Einmarsch der Sowjetunion nach Afghanistan unterstützt hatten. Brzezinski: *„Der offiziellen Geschichtsschreibung zufolge begann die CIA 1980, d. h. nachdem die Sowjetarmee am 24.12.1979 in Afghanistan einmarschiert war, die Mudschaheddin zu unterstützen.*

<sup>9</sup> Die Mudschaheddin (= Gotteskrieger) kämpften einen „Heiligen Krieg“ (Dschihad) gegen die „ungläubigen“ sowjetischen Besatzungstruppen. Neben den afghanischen Stammeskriegern gab es rund 35.000 Kriegsfreiwillige aus insgesamt 43 islamischen Ländern, darunter allein 25.000 aus Saudi-Arabien (sog. „arabische Afghanen“). Nach dem Krieg gingen sie zurück in die Heimatregionen. Ein Teil davon kämpfte dort im Untergrund gegen die prowestlichen Regierungen (vor allem in Pakistan, Saudi-Arabien, Jemen, Ägypten, Algerien). Ein anderer, kleiner Teil kämpfte in Bürgerkriegen, wo insbesondere die „Sache des Islam“ zur Disposition stand (u. a. in Bosnien, Jemen, Tschetschenien). In diesem Zusammenhang ist die Entstehung der Al-Qaida unter Führung von Osama bin Laden zusehen. Vgl. Peter Barth, *Internationaler Terrorismus im Zeitalter der Globalisierung*, München 2003

*Aber die Realität, die bis heute streng geheim gehalten wird, ist eine ganz andere. Tatsächlich war es der 3. Juli 1979, an dem Präsident Carter die erste Direktive unterschrieb, dem Gegner des prosovietischen Regimes in Kaul verdeckt beizustehen. Am selben Tag teilte ich dem Präsidenten in einer kurzen Notiz mit, dass diese Hilfe meiner Meinung nach die Sowjets zu einer militärischen Intervention veranlassen würde.“*

Ob er diesen Schritt heute bereue, fragte ihn daraufhin der Reporter. Brzezinski erwiderte: *„Was soll ich bereuen? Diese geheime Operation war eine glänzende Idee. Wir haben dadurch die Russen in die afghanische Falle gelockt. Das soll ich bereuen? An dem Tag, an dem die Sowjets offiziell die Grenze überschritten, habe ich an Jimmy Carter geschrieben: ‚Wir haben jetzt die Gelegenheit, die UdSSR in ihren eigenen Vietnamkrieg zu verwickeln.‘ Tatsächlich musste Moskau zehn Jahre lang einen Krieg führen, den die Regierung nicht rechtfertigen konnte, einen Konflikt, der die Sowjets demoralisierte und schließlich den Zusammenbruch des sowjetischen Reiches bedeutete.“<sup>10</sup>*

Was aber sei mit dem islamischen Fundamentalismus, fragte der Reporter. Ob es nicht ein Fehler gewesen sei, zukünftige Terroristen militärisch beraten und mit Waffen ausgerüstet zu haben. Brzezinski: *„Was ist bedeutsamer für die Weltgeschichte: die Taliban oder der Zusammenbruch des sowjetischen Reiches? Einige aufgebrauchte Muslime oder die Befreiung Zentraleuropas und das Ende des Kalten Krieges?“*

Am Beispiel der afghanischen Gotteskrieger zeigt sich klar, wie rasch aus nützlichen Verbündeten Terroristen werden können. Allianzen verändern sich und die Deutung der Weltpolitik kann binnen Jahresfrist eine andere sein. Die Bezeichnung, wer Terrorist ist und wer nicht, sollte daher nur im Lichte einer politischen Konstellation verstanden werden, nicht indem man sich an moralischen oder völkerrechtlichen Kriterien orientiert.

<sup>10</sup> Vgl. Peter Barth, *Internationaler Terrorismus im Zeitalter der Globalisierung*, München 2003, 2. Auflage, S. 95 ff.





Auf die Besetzung folgte ein fast zehn Jahre dauernder Krieg, bei dem auf der einen Seite die Sowjetunion mit der durch sie neu eingesetzten kommunistischen Regierung und auf der anderen Seite afghanische Stammeskrieger kämpften, die Mudschaheddin. Bis zu 120.000 Mann kämpften zeitweise für die Sowjetunion, dazu kamen die Truppen der afghanischen Armee und verschiedener Milizen, die sich mit Hilfe der Regierung vielerorts gründeten und die teils noch bis heute bestehen und so zur jetzigen komplexen Machtstruktur lokaler Gewaltunternehmer beitragen. Trotz ihrer militärischen Überlegenheit konnte die Sowjetunion aber diesen Krieg nicht für sich entscheiden. Als Gründe sind hierfür u. a. anzuführen, die Rückzugsgebiete der Mudschaheddin in unwegsamen Bergregionen und in Pakistan, ihr Rückhalt bei der Bevölkerung und die Unterstützung durch die USA und China.

Die CIA hat den damaligen Kampf der Mudschaheddin mit jährlich rund 500 Millionen Dollar unterstützt. Weiteres Geld floss aus Saudi-Arabien. CIA und pakistischer Geheimdienst schulten die Freiheitskämpfer im Guerillakrieg. Sie erhielten üppiges Militär-Know-how und hochmodernes US-Kriegsgerät, darunter die Boden-Lufttrakete „Stinger“, die mit einem hitzesuchenden Gefechtskopf ausgestattet ist. Der Einsatz dieser Waffe gegen die sowjetischen Kampfhubschrauber führte die Wende des Kampfes herbei.

Der nicht zu brechende Widerstand der Mudschaheddin sowie die innenpolitische Situation in der Sowjetunion führten letztendlich 1988 zum Genfer Afghanistan-Abkommen (zwischen Afghanistan, Pakistan, den USA und der UdSSR) und im Februar 1989 zum Abzug aller sowjetischen Truppen. Der Konflikt hatte 1,3 Millionen Afghanen und 15.000 Sowjetbürger das Leben gekostet, fast 6 Millionen Afghanen, und damit ein Drittel der damaligen Bevölkerung, hatten das Land ver-

lassen, Dörfer und Kulturen weiter Landstriche wurden zerstört und die sozialen Strukturen im Land zerrüttet.

Nach dem Ende der Besetzung stellte sich aber kein Frieden ein und die Kämpfe zwischen regierungstreuen Milizen und Mudschaheddin gingen unvermindert weiter. Solange noch Mittel aus der Sowjetunion flossen, konnte sich das kommunistische Regime unter Staatschef Nadschibullah halten, erst als die Unterstützung ausblieb, fielen die Milizen 1992 von der Regierung ab und Nadschibullah musste in die Obhut der Vereinten Nationen in Kabul fliehen. Über Jahre fand er dann Schutz im Kabuler Hauptquartier der UNO – bis 1996 die Taliban die Macht errangen. Sie folterten ihn und hängten seine verstümmelte Leiche am 27. September 1996 an einer Straßenlaterne auf.

Dem Fall der Regierung folgte ein Zerfall Afghanistans in viele unabhängige Territorien. Dass es auch dann noch nicht zu einem Ende des Krieges kam, ist darauf zurückzuführen, dass die Mudschaheddin weder einen Plan für das Ende der Besetzung entwickelt hatten, noch eine einheitliche, zentral gesteuerte Gruppe darstellten, sondern vielmehr ethisch heterogen und allein durch den gemeinsamen Gegner geeint worden waren. Mit dem Wegfall des gemeinsamen Feindbilds kämpften die jeweiligen lokalen Führer – auch Warlords genannt – und ihre Milizen in ständig wechselnden Koalitionen um die Vorherrschaft in einem fragmentierten Land. Der Bürgerkrieg führte in Afghanistan so zu einer Ethnisierung der Konfliktstrukturen und gleichzeitig zu einer Islamisierung der Konfliktparteien. Besonders betroffen vom Bürgerkrieg war die Hauptstadt Kabul, die oft im Zentrum des Kampfgeschehens stand. Leidtragende der Auseinandersetzung war einmal mehr die Zivilbevölkerung, da es unter den verschiedenen Bürgerkriegsgruppen immer wieder zu Übergriffen bis hin zu ethnischen Säuberungen kam.



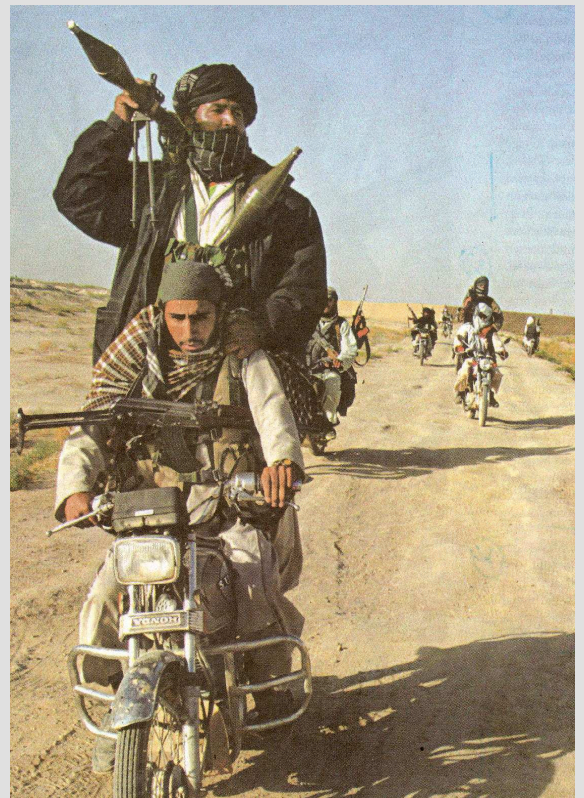




## Taliban<sup>12</sup>

Selbst anderthalb Jahrzehnte nach ihrem Erscheinen auf der politischen Bühne Afghanistans und Pakistans sind die Taliban ein nur schwer fassbares Phänomen. Dem pakistanischen Journalisten Ahmed Rashid zufolge wurden sie im afghanischen Kandahar-Gebiet aus einer lokalen Initiative von Veteranen des Verteidigungskrieges gegen die sowjetische Armee geboren, die außer ihrer paschtunischen Stammeszugehörigkeit auch ein mehr oder weniger gemeinsamer Medressen-Hintergrund verband – an diese Koranschulen erinnert ihre Selbstbezeichnung Taliban (= Schüler).

Sie wollten dem Banditentum mancher lokaler Anführer, der ursprünglich gegen die sowjetischen Invasoren, Anfang der 90er Jahre aber nun in einem blutigen Bürgerkrieg gegeneinander kämpfenden Mudschaheddin-Gruppen ein Ende setzen. Als Massenbewegung waren die Taliban von Beginn an ein afghanisch-pakistanisches Phänomen mit weitgehend gemeinsamer Stammesherkunft. Die Kämpfer wurden in pakistanischen Koranschulen und afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan rekrutiert und von Pakistanern – ebenfalls mit finanzieller Unterstützung der Amerikaner – militärisch ausgebildet. Diese Verstärkung leitete für die Taliban, denen es im September 1995 gelang, die Provinz Herat zu erobern, die Wende ein: Sie avancierten von einer lokalen zu einer überregionalen Macht in Afghanistan.



Die Machtübernahme der Taliban erfolgte aber nicht zwangsläufig auf gewaltsamem Weg. Durch Bestechung und geschickte Verhandlungen konnten sie manchen Warlord zur Kapitulation bewegen oder aber einen Teil der Anhängerschaft dazu bringen, die Seiten zu wechseln. Allerdings waren die Taliban im Paschtunen-Gürtel mit sehr unterschiedlich organisierten Gegnern konfrontiert. Von Banden, die eine Straße kontrollierten und in begrenztem Umfang am Opiumgeschäft beteiligt waren, bis zu ortsübergreifenden organisierten Milizionären, die in größerem Stil agierten. Die Kontrolle sicherten sich die lokalen Herrscher nicht nur durch Waffengewalt, sondern auch durch Beziehungsnetze, in denen vasallenähnliche Verhältnisse herrschten. Dabei spielten Verwandtschaftsbeziehungen eine Rolle; manch lokaler Anführer verdankte seinen Status auch seiner religiösen Autorität oder seinen Verdiensten im antisowjetischen Dschihad. In der Bevölkerung waren nicht alle lokalen Machthaber gleich beliebt, was dazu beigetragen haben dürfte, dass es den Taliban immer wieder gelang, Gefolgsleute lokaler Patrone mit finanziellen Anreizen dazu zu bewegen, das Lager zu wechseln. Auch hochrangige Kommandeure der Milizen regionaler Warlords sollen mit Geld oder Posten abgeworben worden sein, bisweilen unter gezielter Ausnutzung von Spannungen, die zwischen ihnen und ihren Vorgesetzten herrschten.

Die Bewegung der Taliban ist einem radikal-orthodoxen sunnitischen Islam verpflichtet, den sie mit aller Gewalt durchzusetzen bereit ist. Sie ist eine radikale, fundamentalistische und sozial reaktionäre religiöse Bewegung, die sich gegen ausländische Einflüsse in der afghanischen Gesellschaft richtet und die Reinheit des Glaubens sowie das islamische Recht (Scharia) wiederherstellen möchte. Ziel ist bis heute, Afghanistan in einen Gottesstaat nach dem Vorbild der islamischen Frühzeit zu verwandeln.

1998 führten die Anschläge auf die US-Botschaften in Dar-es-Salam und Nairobi der Weltöffentlichkeit schlagartig die Bedeutung der Taliban als Asylgeber für radikal-islamistische Kräfte aus aller Welt und die Schlüsselrolle Afghanistans als Drehscheibe für Terror vor Augen. Die USA erkannten in Osama bin Laden den Drahtzieher der Anschläge und flogen zur Vergeltung am 20. August 1998 Angriffe mit Marschflugkörpern auf islamistische Ausbildungslager in Ostafghanistan. Bin Laden entging nur knapp einem Marschflugkörper, weil der pakistanische Geheimdienst ISI ihn offensichtlich rechtzeitig gewarnt hatte. Der radikale Islamismus der Taliban war auch dafür verantwortlich, dass sich ihre Beziehungen zu den UN wie zu anderen internationalen Organisationen zunehmend verschlechterten. Die Forderung der Taliban nach dem UN-Sitz, den nach wie vor die Nordallianz innehatte, lehnte die UN ab. Am 7. Juli 1999 beschloss die US-Administration unilaterale Sanktionen gegen die Taliban, am 15. Oktober 1999 folgte eine UN-Resolution, die die Auslieferung bin Ladens forderte. Schließlich beschloss die UN am 19. Dezember 2000 Sanktionen gegen die Taliban, die das Regime isolierten. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gerieten die Taliban in das Visier des Westens – und wurden von den USA und deren Verbündeten aus dem Land vertrieben.

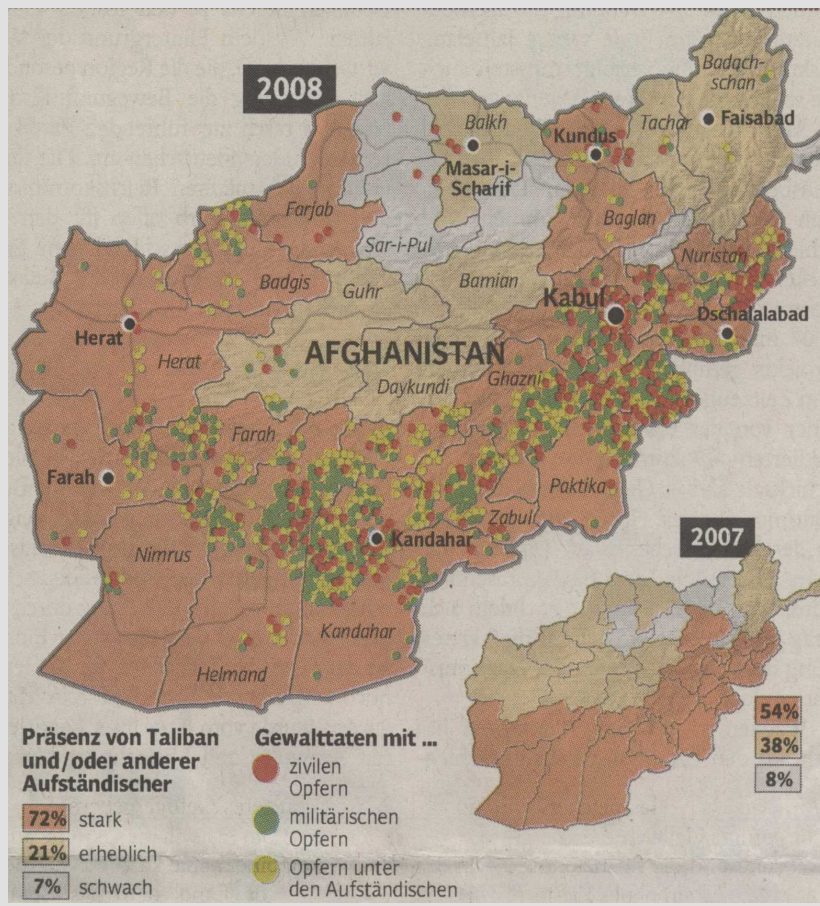
<sup>12</sup> Vgl. Raschid, Ahmed: Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad, München 2001; Nojumi, Neamatollah: The Rise of the Taliban in Afghanistan. Mass Mobilization, Civil War, and the Future of the Region, Book Review Asian Affairs: An American Review, September, 2002; Crews, Robert D. / Tarzi, Amin (Hrsg.): The Taliban and the Crisis of Afghanistan, Harvard University Press, Cambridge 2008



Heute sind die Taliban wieder erstarkt, obwohl die internationale Koalition, die sie bekämpft, den Einsatz laufend erhöht. Sie sind inzwischen eine gut organisierte Guerilla. Der Mangel an staatlichen Verwaltungsstrukturen – nicht zuletzt bei der Polizei und der Justiz – begünstigt dies ebenso wie die wachsenden Vorbehalte gegen das Vorgehen der Ausländer. Ein entscheidender Grund dafür, dass die Staatengemeinschaft keine wirksame Strategie findet. Sie werden oft als rückständig, mittelalterlich und reaktionär dargestellt sowie als Ansammlung loser organisierter Gruppen, die lokal begrenzte Probleme verursachen. Die Taliban verfügen jedoch über eine Strategie und über gefestigte Strukturen, um jene umzusetzen. Sie sind eine revolutionäre Bewegung, die die Stammesstrukturen Afghanistans vollkommen ablehnt. In dem Staat und der Gesellschaft, die sie schaffen wollen, sollen Mullahs, islamische Geistliche, die politische Führung bilden. Sie verfolgen dasselbe Ziel wie in den 1990er Jahren: Kabul einzunehmen und ein islamisches Emirat zu errichten, das auf der Scharia basiert.

Die heutigen Taliban sind zweifellos die fähigste Guerillabewegung, die es je in Afghanistan gegeben hat. Sie sind in der Lage, landesweit Tausende von Kämpfern zu mobilisieren. Sie können komplexe Angriffsbewegungen koordinieren, sind mobil und perfektionieren den Einsatz selbstgebafter Bomben und Minen. Ihre Feindaufklärung ist gut, denn ihre Sympathisanten informieren sie im Voraus über Bewegungen der Koalitionstruppen, wenn Truppen der afghanischen Regierung daran beteiligt sind. Die Taliban machen sich die wachsende Unzufriedenheit der Afghanen mit Hilfe eines Propagandaapparats zunutze, der mittels Radio, Video und heimlich zugestellter Botschaften durchschlagende Erfolge hat.

Inwieweit die alten Beziehungsgeflechte beim Wiedererstarken der Taliban eine Rolle spielen, ist eine offene Frage. Bei der Entstehung der „Neo-Taliban“ dürfte jedenfalls der im Land umstrittene Versöhnungskurs, den Präsident Karzai nach der Auflösung des Taliban-Regimes Ende 2001 zunächst einschlug, eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben. Die alte Taliban-Garde nutzte offenbar Karzais Amnestieangebot, tauchte in den abgelegenen paschtunischen Gebieten unter und dürfte vermutlich den gegenwärtig erstarkenden militärischen Widerstand gegen das neu installierte demokratische Regime nicht anführen. Die Aufständischen rekrutieren sich vielmehr aus jenen Paschtunen-Stämmen, die einst mit den Taliban sympathisierten und ihr Bestreben, wieder zur führenden Kraft Afghanistans zu werden, nicht aufgegeben haben. Nun aber sehen sie sich innerhalb des neuen Regierungssystems und der entstehenden nationalen Streitkräfte an den Rand gedrängt und zudem als Hauptzielscheibe im sogenannten Anti-Terror-Krieg. Die Hauptziele dieser Aufständischen, zu denen sich auch Al-Qaida-Elemente gesellen, sind die Vertreibung der ausländischen Truppen und die Wiedererrichtung eines islamischen Staates nach den Gesetzen der Scharia. Die Widerständler sind eher in kleinen Gruppen organisiert und konkurrieren des Öfteren miteinander. Nicht jeder, der unter dem Namen Taliban firmiert, vertritt auch wirklich die alten Gardien, geschweige denn ihr altes politisches Programm. Entsprechend begegnet man auf ideologischer Ebene einer Vielfalt von Standpunkten, die mal mehr, mal weniger panislamisch ausgerichtet sind.



Der Einfluss der Taliban geht heute so weit, dass ihre Milizen auch durch Schutzgeldzahlungen aus den Staaten, die in Afghanistan ihre Truppen stationiert haben, finanziert werden – vor allem beim Bau von Straßen, Schulen oder anderen Infrastruktureinrichtungen scheint dies notwendig zu sein, damit die fremden Truppen wenigstens hier und da Unterstützung im Lande erhalten. Eine monolithische Gruppe jedoch sind die Taliban auch heute nicht. Neben dem Führungszirkel, der sich eng mit der Al-Qaida verbunden hat, gibt es die sogenannten moderaten Taliban, die sich auf die afghanischen Wurzeln besinnen und sich der Regierung von Präsident Karzai selbst als Ansprechpartner angedient haben. Präsident Hamid Karzai unterscheidet heute ebenfalls zwischen afghanischen und ausländischen Taliban. Er sagt, die afghanischen Taliban „gehören zu unserem Land“. Legten diese ihre Waffen nieder und bereuten ihre Taten, könnten sie ein neues Leben beginnen. Als einer der Ersten hat der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck 2007 Verhandlungen über Afghanistan gefordert, an denen moderate Taliban beteiligt werden sollten.

## Militärintervention und Entwicklung bis heute (2001 – 2009)

Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete einen Tag nach dem 11. September 2001 einstimmig eine Resolution, die die Anschläge verurteilte und in diesem Zusammenhang das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UN-Charta betonte. In dieser Resolution 1368/2001 wurde der Terrorangriff zu „*einer Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit*“ erklärt und die UN-Mitglieder aufgefordert, die Täter und Urheber dieser Angriffe „*vor Gericht zu bringen*“.

Ebenfalls am 12. September 2001 beschloss der NATO-Rat, dass der Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages gegeben sei, falls die USA Beweise dafür vorlegen könnten, dass es sich bei den Anschlägen um einen militärischen Angriff handle. Am 4. Oktober 2001 beschloss der NATO-Rat dann, dass die von den USA vorgelegten Beweise ausreichen, um den Bündnisfall zu erklären. Als die Regierung der Taliban in Kabul dem Ultimatum der USA zur Auslieferung bin Ladens nicht nachkam, begannen am 7. Oktober 2001 im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ (OEF) zeitgleich Luftangriffe auf Stellungen der Taliban sowie eine Bodenoffensive der Nordallianz, die logistische Unterstützung von den USA und Großbritannien erhielt. Die Resolution 1368 (2001) des UN-Sicherheitsrates vom 12.09.2001 wurde als Legitimation für diesen Angriff, der mit dem Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UN-Charta begründet wurde, herangezogen.

Schon am 13. November gaben die Taliban Kabul auf und nur einen knappen Monat später, am 8. Dezember 2001, verloren sie mit Kandahar ihr letztes Machtzentrum. Die Befreier aus dem Norden wurden in den Städten begeistert begrüßt, der kurze Krieg ging seinem Ende entgegen. Das sollte, wie die Entwicklung der letzten Jahre gezeigt hat, noch nicht das Ende der Taliban sein. Tausende Taliban, denen man freies Geleit zugesichert hatte, wurden ohne Rücksicht auf die Abmachungen getötet. Große Teile der paschtunischen Bevölkerung Afghanistans wurden vertrieben; man verdächtigte sie, die Taliban unterstützt zu haben. Als die Alliierten Kandahar eroberten, zogen sich die verbliebenen Einheiten der Taliban schließlich in kaum zugängliche Bergregionen der paschtunischen Stammesgebiete in Afghanistan und Pakistan zurück. Ihre Niederlage akzeptierten sie nicht. Die Taliban avancierten seit 2001 zum Sammelbecken derjenigen Kräfte, die mit der herrschenden Situation unzufrieden waren.

Schon kurz vor der militärischen Niederlage hatte der UN-Sonderbotschafter für Afghanistan, Lakhdar Brahim, verschiedene afghanische Gruppierungen – allerdings keine Taliban-Vertreter – zu Verhandlungen nach Petersberg bei Bonn geladen (27.11. – 05.12.2001). Als Ergebnis verständigte man sich auf einen Fahrplan für den zivilen Wiederaufbau und die Demokratisierung Afghanistans. Als Übergangspräsidenten einigte man sich auf Hamid Karzai. Am 28.03.2002 wurde mit der Resolution 1401 (2002) des UN-Sicherheitsrates die Grundlage für die „United Nations Assistance Mission in Afghanistan“ (UNAMA) gelegt, deren Mandat jährlich verlängert wurde. Derzeit (2009) besteht die Mission

aus etwa 1.500 Mitarbeitern, von denen 80% afghanische Staatsangehörige sind.

In den folgenden Jahren konnten im sog. Petersberg-Prozess die wichtigsten Punkte des Abkommens implementiert werden: Eine Loya Jirga – die althergebrachte Form einer großen Rats- und Stammesführerversammlung in Afghanistan – bestätigte 2002 Hamid Karzai als Präsident und eine ebensolche verabschiedete 2004 die neue afghanische Verfassung.<sup>13</sup> Zwar hat die Verfassung viele demokratische Elemente und setzt auch elementare Menschenrechte fest, sie ist aber andererseits auch der Scharia und ihren Normen verpflichtet, so dass aus diesem Dilemma immer wieder Konflikte entstehen können, wie auch das aktuelle Beispiel des afghanischen Ehegesetzes zeigt.<sup>14</sup>

Weitere Errungenschaften des Petersberg-Abkommens waren die Präsidentschaftswahlen 2004, bei denen Hamid Karzai mit absoluter Mehrheit im Amt bestätigt wurde und die noch eine sehr hohe Wahlbeteiligung aufwies sowie die Parlamentswahlen von 2005, bei denen aufgrund einer gewissen Ernüchterung die Wahlbeteiligung auf unter 50% sank. Zudem können wegen Übergriffen und Drohungen durch die Taliban beide Wahlen kaum als frei und fair bezeichnet werden.

Deutschland beteiligte sich ab 2002 am zivilen Wiederaufbau des Landes. Entsprechende Zusagen wurden auf den Geber-Konferenzen in Tokio (2002), Berlin (2004), London (2006) und Paris (2008) gemacht. Zunächst betrug die Hilfe für Wiederaufbau und Entwicklung 80 Millionen Euro pro Jahr und wurde vollständig aus dem Etat des BMZ finanziert, aber teilweise dem Auswärtigen Amt (z. B. für die Finanzierung des Polizeiaufbaus) zur Verfügung gestellt. Dazu kamen Maßnahmen der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe von durchschnittlich 12 Millionen Euro jährlich. Zum gesamten finanziellen Umfang der zivilen Hilfe gibt das BMZ derzeit (2009) einen voraussichtlichen Gesamtbetrag von rund 1,2 Milliarden Euro für den Zeitraum 2002 bis 2010 an.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Bereits im Juni 2002, auf der ersten großen Ratsversammlung, der Loya Jirga in Kabul, wurde die Chance auf einen friedlichen Neuanfang verschenkt. „*Das war der Moment, in dem es scheiterte*“, erinnert sich der damalige UN-Offizielle Thomas Rüttig, der später in Kabul das „Afghan Analysts Network“ mitbegründete (Afghanistan Analysts Network is a non-profit, independent policy research organisation, [www.aan-afghanistan.com](http://www.aan-afghanistan.com)). „*Der Moment, als der US-Botschafter Zalmay Khalilzad die Warlords zurückbrachte*.“ Jene Männer, die zuvor das Land ruiniert, aber der Regierung Bush im Kampf gegen die Taliban geholfen hatten. Khalilzad und der Chef der UN-Mission, Lakhdar Brahim, zwangen die Loya Jirga, neben den gewählten Gesandten 50 weitere Männer aufzunehmen – Milizführer, die vor dem Taliban mit Angst und Schrecken geherrscht hatten. Und die nun zielstrebig darangingen, den anderen Delegierten klarzumachen: Ihr könnt hier natürlich gegen uns stimmen, aber vergesst nicht, dass ihr wieder lebend nach Hause kommen wollt. „*Ich kann mich noch an den Unglauben afghanischer Delegierter erinnern*“, so Rüttig. „*Wie könnt ihr, die UN, uns das antun. Damals haben wir jene verraten, die uns vertrauten*“. Es war eine Kettenreaktion: Mit der neuen Macht und dem Geld der Amerikaner brachten die Warlords die Wahlen 2005 unter ihre Kontrolle, besetzten Regierungsämter und rächten sich ausgiebig an ihren einstigen Feinden. Vgl. Der Stern 39/2009

<sup>14</sup> Nach heftigen Einwänden aus dem Ausland hat Präsident Karzai ein Ehegesetz für die schiitische Minderheit des Landes vorerst gestoppt. In Artikel 132 heißt es u. a.: „*Der Ehemann ist, wenn er nicht reist oder krank ist, dazu verpflichtet, alle vier Nächte Geschlechtsverkehr mit seiner Ehefrau zu haben. Die Frau ist verpflichtet, positiv darauf zu reagieren*.“ Vgl. SZ vom 06.04.2009, Karzai stoppt Ehegesetz

<sup>15</sup> Vgl. [www.bmz.de/laender/partnerlaender/afghanistan/zusammenarbeit](http://www.bmz.de/laender/partnerlaender/afghanistan/zusammenarbeit)



## Gründe für die US-Intervention

Die hochfliegenden Pläne der amerikanischen Bush-Regierung, Afghanistan in eine Art Musterstaat für die islamische Welt zu verwandeln, sind zugunsten des sicherheitspolitischen Kernziels in den Hintergrund getreten. Von einem „Krieg der Notwendigkeit“ („war of necessity“) spricht Präsident Barack Obama und meint die Pflicht Amerikas, die Rückverwandlung Afghanistans in einen internationalen Terroristenstützpunkt verhindern zu müssen. Die Vereinigten Staaten, die die internationale Afghanistan-Politik dominieren, haben den Kampf noch nicht aufgegeben. Bei Kriegsbeginn im Oktober 2001 schienen die Taliban den Alliierten noch ein leichter Gegner zu sein. Es dauerte nur wenige Wochen, sie aus ihren Stellungen zu vertreiben. Wo die Taliban-Kämpfer sich der offenen militärischen Auseinandersetzung stellten, waren sie den amerikanischen Luftangriffen chancenlos ausgesetzt. Darüber hinaus hatten die Amerikaner hohe Geldbeträge an die rivalisierenden Warlords der Nordallianz gezahlt, damit diese den Kampf gegen die Taliban wieder aufnahmen. Die Taliban flohen daraufhin über die Berge nach Pakistan oder tauchten in der Bevölkerung unter.

Die USA verfügen über ein ganzes Interessenbündel in diesem Großraum, das sich auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus konzentriert, aber gleichwohl nicht hierauf beschränkt. In der „Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika“ (NSS), einem Dokument, das seit dem Jahr 1986 von jeder US-Regierung zu Beginn der Amtsperiode verpflichtend an den Kongress der Vereinigten Staaten übergeben werden muss, sind drei wesentliche Elemente aufgeführt: Die NSS 2002 spricht von einer „aktiven amerikanischen Führung in der Welt“, legitimiert einen „Präventivkrieg“, um terroristische Gefahren abzuwehren und sagt solchen „Regierungen den Kampf an, die Terrororganisationen unterstützen“. Die NSS 2002 betont, dass die Vereinigten Staaten ein „höheres Ziel“ verfolgen, nämlich die amerikanischen Prinzipien von Freiheit, Recht und Gesetz weltweit zu verbreiten, insbesondere in der islamischen Welt.<sup>16</sup>



<sup>16</sup> Vgl. Barth, Peter: George W. Bush's Krieg gegen den Irak und die Auswirkungen auf die arabische Welt, München 2004

In diesem Dokument wird der Einfluss der sogenannten Neokonservativen auf die Politik der Regierung Bush besonders deutlich. Der Krieg in Afghanistan ist Teil der sogenannten „Greater Middle East Initiative“, einer konsequenten Verfolgung der amerikanischen Macht- und Interessenpolitik sowie der Forderung nach einer aggressiven Ausweitung von Demokratie und freier Marktwirtschaft. Für die US-Politik in Zentralasien wurde unter dem Einfluss so wichtiger Außen- und Militärpolitiker wie Zbigniew Brzezinski, Lawrence Eagleburger und Henry Kissinger ein Konzept entwickelt mit den Hauptzielen: Stärkung der Unabhängigkeit der Staaten in dieser Region von ihren Nachbarn (insbesondere Russland); Stärkung ihrer Bindungen an den Westen; Brechung des russischen Monopols über die Öl- und Gastransportwege aus der Region.<sup>17</sup>

In Zusammenhang mit der US-Politik im Nahen und Mittleren Osten ging es auch um den Bau von Pipelines durch Afghanistan. Konkret handelt es sich um eine Öl-Pipeline von Turkmenistan durch Afghanistan nach Pakistan und um eine Gas-Pipeline von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan und weiter bis nach Indien. Ein Konsortium aus dem US-Konzern Unocal und dem saudi-arabischen Unternehmen Delta Oil konkurrierte mit dem argentinischen Konzern Bidas um den Zuschlag der Taliban für das 2,5 Milliarden US-Dollar teure und 1.500 km lange Öl-Pipeline-Projekt (TAP) zwischen Turkmenistan und Pakistan. Durch die Ölkonzerne flossen direkt ca. 15 Millionen US-Dollar in die Hände der Taliban. Die USA vermieden es, in der Öffentlichkeit mit den Taliban in Verbindung gebracht zu werden. Doch sind die stillschweigende Duldung ihrer Ausbreitung sowie die Besuche von US-Diplomaten im Hauptquartier der Taliban sowie einer Taliban-Delegation im Weißen Haus (Weihnachten 1997) Indizien für ein zumindest anfängliches Interesse der USA.<sup>18</sup>

Präsident George W. Bush erklärte in seinem Energiebericht 2001: „Aus energiepolitischer Sicht erhält Afghanistan große Bedeutung auf Grund seiner geographischen Lage als potenzielle Transitroute für Öl- und Erdgastransporte aus Zentralasien hin zum Arabischen Meer.“ Im Dezember 2002 schlossen Turkmenistan, Afghanistan und Pakistan ein Rahmenabkommen für den Bau dieser Pipeline.<sup>19</sup> Derzeit liegt das Projekt auf Eis. Sind also Öl und Gas die eigentlichen Hauptziele des sogenannten „War on Terror“?<sup>20</sup>

<sup>17</sup> Vgl. Riemer, Andrea K.: Petroimperialismus und Freiheit? Die Irak-Intervention aus geökonomischer Sicht der USA im Kontext der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt am Main 2008

<sup>18</sup> Bei den Gesprächen wurde mit den Taliban ein Abkommen unterzeichnet. Die Taliban-Vertreter wurden u. a. vom damaligen US-Vize-Außenminister Karl Inderfurth empfangen. Erst im Dezember 1998 brach Unocal die Beziehungen zu den Taliban ab. Der spätere Präsident Karzai fungierte bei den Verhandlungen mit den Taliban über die afghanische Pipeline als Berater im Auftrag von Unocal. Auch der spätere US-Sonderbeauftragte und Botschafter für Afghanistan, Khalilzad, kommt aus der gleichen Firma. Vgl. Barth, Peter: Der kaspische Raum zwischen Machtpolitik und Ölinteressen, München 1998

<sup>19</sup> Vgl. Johnson, Rob: Pulverfass am Hindukusch. Dschihad, Erdöl und die Großmächte in Zentralasien, Stuttgart 2008, S. 192

<sup>20</sup> Vgl. Kneissl, Karin: Die Gewaltspirale. Warum Orient und Okzident nicht miteinander können, Salzburg 2007, S. 222



## War on Terrorism

Neben der US-Doktrin NSS 2002, die Präventivkriege zur Abwehr von Gefahren wirtschaftlicher oder militärischer Natur empfiehlt, gibt die „National Strategy for Combating Terrorism“ vom Februar 2003 aufschlussreichen Einblick in die US-Haltung zum Umgang mit dem neuen Bedrohungsbild Terrorismus. In dem Strategiepapier von 2003 werden militanter Islam und staatliche Förderer von Terrorismus, die viel zitierten „Schurkenstaaten“ als größte Gefahren identifiziert. Angesichts des Vorgehens der USA seit 2001 geht es wohl eher um einen „Krieg gegen den militanten Islamismus“ als um einen „Krieg gegen den Terrorismus“. Symbolfigur dieser Auseinandersetzung ist Osama bin Laden.

Al-Qaida heißt auf Arabisch „die Basis“. Erstes Ziel ist die Vertreibung der USA und der Familie Saud von der Arabischen Halbinsel. In den Kundmachungen von Osama bin Laden ist niemals die Rede von Saudi-Arabien, das einzige Land, welches den Namen einer Familie trägt. Vielmehr spricht er ausschließlich vom „Hedschas“, der Arabischen Halbinsel. Mit einer Serie von Anschlägen Ende der 1990er Jahre in Saudi-Arabien und im Jemen, zu denen sich die Al-Qaida bekannte, wurde sie international schnell bekannt und berühmt. Sicherheitsexperten zufolge entspricht diese Organisation mehr einem losen Bündnis von teils sehr autonom agierenden Gruppen zwischen Südostasien, den USA und Europa. Mit einer hierarchisch organisierten Struktur, an deren Spitze die Terrorpaten wie Osama bin Laden stehen, hat die Al-Qaida wohl nichts gemeinsam.

Bin Laden sieht die USA sowie ihre Verbündeten als Besatzer der „heiligsten Orte der Arabischen Halbinsel“ an, die Reichtum plündern, Bewohner terrorisieren und Militärbasen errichten, um Einfluss zu gewinnen. Durch seinen wahabistischen Glauben, welcher sich durch seine konservativ-puristische Prägung auszeichnet und somit der paschtunischen Tradition besonders nahe steht, konnte bin Laden die Gunst der Taliban erlangen und Ausbildungslager in den Grenzgebieten zu Pakistan etablieren. Afghanistan entwickelte sich immer mehr zur „internationalen Drehscheibe eines globalisierten Netzwerkes militanter Islamisten“,\* auch wenn die Taliban nicht wirklich in die Pläne bin Ladens eingeweiht waren. Osama bin Laden war wohl ein willkommener Anlass für die Afghanistan-Invasion der USA; diese wurde nämlich bereits unter Präsident Clinton diskutiert;\*\* Osama bin Laden war eher derjenige, der „das Fass zum Überlaufen brachte“.

\* Chiari, Bernhard (Hrsg.): Afghanistan, 3. Auflage. Militärgeschichtliches Forschungsamt MGFA, Wegweiser zur Geschichte, Paderborn 2008, S. 85

\*\* Vgl. Baraki, Matin 2007: Nation-building in Afghanistan. In: BpB (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte 39/2007, S. 13

## Der Einfluss der Nachbarstaaten

Eine besondere Rolle im Afghanistan-Konflikt spielen die Nachbarländer. Zum einen bewirkt das schwach ausgeprägte Nationalitätsgefühl der Afghanen, das staatliche Grenzen nicht genügend akzeptiert werden. Zum Zweiten bestehen „Ethnien“ über staatliche Grenzen hinweg, was die Grenzdurchlässigkeit zusätzlich verstärkt. Immer wieder kommt es zu Konflikten zwischen Warlords und Stammesführern bzw. zu Autonomiebestrebungen gegenüber der Zentralregierung sowohl in Afghanistan als auch in Pakistan. Zum Dritten haben auch die Regierungen der Nachbarstaaten – Pakistan, China, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und der Iran, aber auch das fernere Russland – unterschiedliche und widersprüchliche Interessen an diesem Konflikt. Keine dieser Regierungen wünscht sich die Ausbreitung eines radikalen Islamismus, der in ihren Ländern, insbesondere bei den muslimischen Völkern, zu Opposition und Unruhen führen könnte. Sie wollen auch nicht, dass die USA oder die NATO in Afghanistan Militärstützpunkte errichten können.

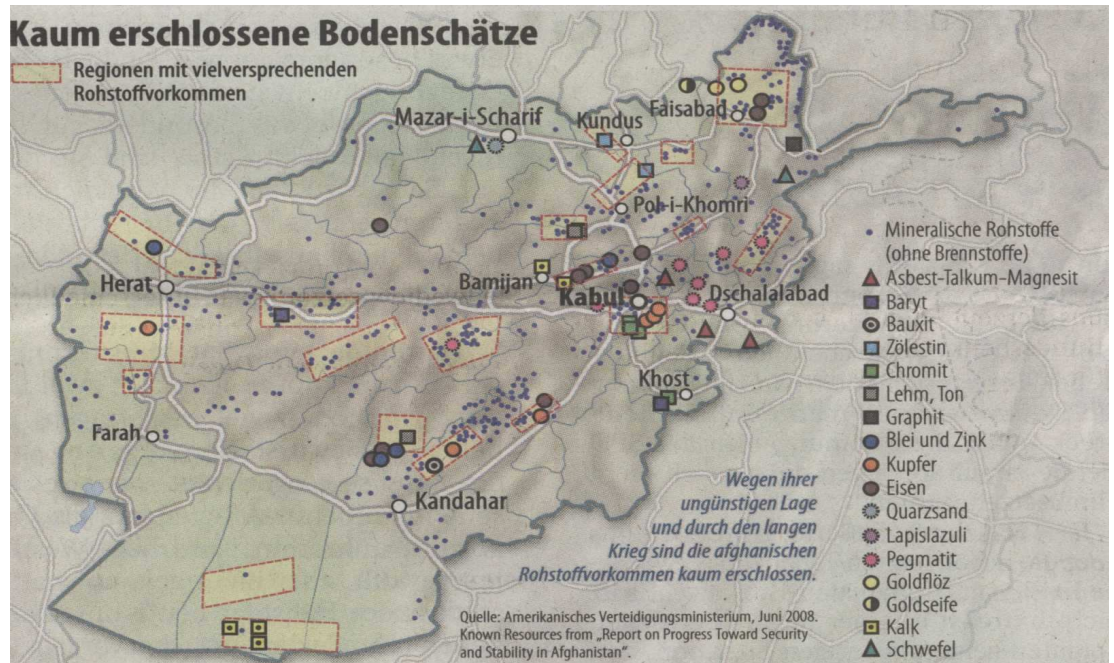
**Teheran** ist daran gelegen, keine amerikanischen Truppen an seiner Grenze zu haben. Die Zermürbung der internationalen Soldaten liegt im Interesse der iranischen Regierung, weshalb immer wieder der Verdacht auftaucht, sie helfe bei der Destabilisierung des Nachbarlandes. Angeblich wurden bei den Taliban-Kämpfern Waffen aus China gefunden, die möglicher-

weise über Waffenschmuggler oder über den Iran eingekauft wurden. Außerdem ist der Iran als Schutzmacht der Schiiten bestrebt, die Ausbreitung des radikalen sunnitischen Islams, wie er durch die Taliban praktiziert wird, zu verhindern.

**Indien**, als Gegenspieler von Pakistan, unterstützt die Regierung in Kabul. Indien und Pakistan sind in der Kaschmir-Frage seit Jahrzehnten verfeindet. Indien gehört seit 2001 zu den wichtigsten Partnern der Regierung Karzais. Es repariert Staudämme, baut das neue Parlament und unterstützt Krankenhäuser und Schulen. Rund 4.000 Inder arbeiten derzeit an solchen Projekten.

Auch **Pakistans** Antipathie gegenüber den politischen Veränderungen in Afghanistan ist kein Geheimnis. In den letzten Jahren sah Islamabad die Regierung in Kabul vor allem als Einfallstor für die Interessen Amerikas und die des Erbfeindes Indien. Ein Teil der pakistanischen Armee und des Geheimdienstes ISI betrachtet das Erstarken der Taliban zu beiden Seiten der Grenze mit heimlichem Wohlgefallen. Sie wollen kein starkes Regime in Kabul, das in gutem Einvernehmen mit Indien lebt. Dort, wo Karzai effektiv regiert, nimmt die Präsenz der Inder schon jetzt aus ihrer Sicht auffällig zu. Nicht die Taliban sind Hauptfeind des pakistanischen Militärs, Erzfeind war, ist und bleibt Indien.

Ohne die pakistanischen Stammesgebiete wäre die Renaissance der Taliban nicht so schnell geglückt. In Pakistan geht es aber auch um viel größere Interessen. Unter der fast unbewohnten Wüste von Belutschistan liegen ansehnliche Vorräte von Uran, Kupfer und eventuell Erdöl. Jeder will darauf Rechte erwerben.



## Einfluss der Nachbarstaaten

Pakistans Rolle im Afghanistan-Konflikt ist allein schon wegen den grenzübergreifenden Bevölkerungsgruppen bedeutend. Zwei große pakistanische Bevölkerungsgruppen leben auf afghanischem Gebiet. So machen die größte und einflussreichste Bevölkerungsgruppe Afghanistans, die Paschtunen (etwa 38% der Gesamtbevölkerung), circa 14% der pakistanischen Bevölkerung aus. Der afghanische Staatsgründer, Ahmed Schah Durrani, war Paschtune genauso wie der Taliban-Führer Mullah Omar oder der derzeitige Präsident Hamid Karzai. Auch wichtige Regierungs- oder ISI-Posten (pakistanischer Geheimdienst) sind überwiegend in paschtunischer Hand.<sup>21</sup> Daher wird vermutet, dass vor allem der pakistanische Geheimdienst die Taliban zusammen mit dem US- und dem israelischen Geheimdienst im Krieg gegen die ehemalige Sowjetunion als auch im afghanischen Bürgerkrieg vehement unterstützt und somit erheblich zum Aufbau der Bewegung beigetragen hat.

Nach den Attentaten des 11. Septembers 2001 änderte der damalige Präsident Musharraf seine Politik gegenüber dem größten Handelspartner Pakistans grundlegend. Auf amerikanischen Druck hin schlug er sich auf die Seite der Allianz gegen den „internationalen Terrorismus“. Musharraf hatte die Botschaft von Präsident Bush verstanden, als jener verkündete, dass die USA keinen Unterschied zwischen Terroristen und denen machten, die sie schützten. Damit wies er eindeutig auf die Nachbarländer, besonders Pakistan, hin, die den Taliban Unterschlupf gewährten. Islamabad setzte in der Folge bis zu 80.000 Mann zur „Terrorismusbekämpfung“ in den Stammesgebieten im Nordwesten ein. Darüber hinaus erlaubte er den USA nicht nur die Nutzung des pakistanischen Luftraums, sondern auch die Errichtung von Militärbasen auf pakistanischem Staatsgebiet. Seit dieser fast bedingungslosen Kooperation Musharrafs mit den USA sahen ihn viele als Marionette der USA und Verräter des Islams.

Neben den umfangreichen Militär- und Finanzhilfen (ca. 15 Mrd. US-Dollar seit 2001 – nach Afghanistan flossen in der selben Zeit rund 170 Milliarden US-Dollar) hoben die USA im Gegenzug die diplomatischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen Pakistan auf, die sie seit 1998 aufgrund der pakistanischen Atomversuche verhängt hatten. Trotz des hehren Ziels des Kampfes gegen den „internationalen Terrorismus“, erzeugte das militärische Vorgehen Unverständnis, Groll und Hass in der pakistanischen Bevölkerung. Da die exakte Trennung zwischen der Al-Qaida und afghanischen und pakistanischen Taliban schwer fällt, sind sogenannte „Kollateralschäden“ fast unvermeidbar. Nach der Ermordung der früheren Ministerpräsidentin Benazir Bhutto im Dezember 2007 hatte der damalige Präsident George W. Bush die Ausweitung der Drohnenangriffe im Nordwesten Pakistans autorisiert. Die unbemannten US-Drohnen, die nach US-Angaben seitdem mindestens 14 Führungsfiguren der Al-Qaida getötet haben, sollen nach Regierungsangaben in Islamabad bis 2009 einschließlich über 700 zivile Opfer gefordert haben.<sup>22</sup>

Pakistan ist das Pulverfass der Welt. International zirkuliert die Sorge, die Atomwaffen des muslimischen Entwicklungslandes mit 160 Millionen Einwohnern und 50 Sprachgruppen könnten in die Hände von Extremisten fallen. Pakistan braucht die Amerikaner und ihre finanzielle Unterstützung. Aber mit jedem Raketeneinschlag steigt die Abneigung und verschwindet die Unterstützungsbereitschaft. Nicht einmal die Entsendung einer Sondermission mit ein paar Dutzend US-Offizieren hat Islamabad bisher zugelassen. Sie sollten diskret untersuchen, wie im Ernstfall

<sup>21</sup> Vgl. Schetter, Conrad 2007: Die letzte Grenze: Die paschtunischen Stammesgebiete zwischen Taliban und NATO. In: inamo Nr. 48/2006, S. 10 – 13

<sup>22</sup> Die Regierung in Islamabad duldet dies nicht nur, die pakistanischen Geheimdienste sind es auch, welche den Amerikanern die Zielkoordinaten liefern. Die Angaben über den Aufenthaltsort von Taliban-Kommandeuren in den unzugänglichen Grenzgebieten zu Afghanistan erhalten die Geheimdienste von Stammesangehörigen, was unterstreicht, dass einige Stämme der Terror-Allianz offensichtlich die Gefolgschaft verweigern.

US-Special Forces verhindern können, dass pakistanische Atomwaffen in falsche Hände geraten. Für die Regierung der USA gibt es ein Horrorszenario: Ein instabiles, aber strategisch wichtiges Land, das Atomwaffen besitzt, fällt in die Hände von Terroristen. Die verfügen dann über ein Nukleararsenal, mit dem sie dem Westen ihre Bedingungen diktieren können. Insgesamt gibt es in Pakistan rund hundert nukleare Anlagen, die über das ganze Land verteilt sind. Die meisten dieser Nuklear-Basen liegen im Norden und Westen Pakistans, weil zur Zeit ihrer Errichtung die größte Sorge einer Offensive des östlichen Nachbarlandes Indien gegolten hat. Viele Lagerstätten sind in der Nähe bzw. innerhalb von Regionen, die von pakistanischen Taliban dominiert werden und Heimstätten von Al-Qaida-Terroristen sind. Aus Sicherheitsgründen werden Sprengköpfe und Zünder getrennt und in unterirdischen Anlagen gelagert. Die Waffen sind zudem mit Sicherheitscodes ausgerüstet, die verhindern sollen, dass Unbefugte sie scharfmachen und zünden können. Die USA haben Pakistan seit 2001 mit mehr als 100 Millionen Dollar und geheimen Programmen darin unterstützt, ihr Atom-Arsenal sicherer zu machen.

Das Material, das die Pakistaner besitzen, reicht für 50 bis 100 Atomsprengköpfe. Viele Muslime in der Welt waren stolz darauf, als Pakistan das Monopol der alten Atommächte – und Indiens – brach, indem es die „islamische Atombombe“ baute. Es gibt also ein echtes Risiko, dass in Pakistan eines Tages Atomwaffen, Teile von Atomwaffen oder Wissen von Nuklearfachleuten in die Hände von Terroristen oder von pakistanischen Taliban gelangen könnte. Besonders gefährdet für Diebstahl sind die Atombomben, wenn sie transportiert werden. Wenn es den Terroristen gelänge, die entsprechenden Einheiten der Armee zu infiltrieren, könnten sie sich Insiderwissen für einen Überfall zunutze machen. Auch die Atomanlagen, in denen etwa 70.000 Menschen arbeiten, könnten Ziel für Unterwanderungsversuche sein, mit der Absicht, nukleares Material oder Wissen über den Bau von Atomwaffen abzuzweigen. Teile der Streitkräfte und des Geheimdienstes betrachten die Taliban als „strategische Reserve“, auf die sie zurückgreifen wollen, falls sich der Westen aus Afghanistan zurückzieht. Dann, so die gängige Meinung in Islamabad, werde der Erzfeind Indien seinen Einfluss in der Region ausweiten – zum Nachteil Pakistans. In Washington ist bekannt, dass es in der Armee und in der Politik Pakistans Leute gibt, die den Dschihad<sup>23</sup> heimlich gut heißen und nicht auf Pakistans „religiöse Ersatzarmee“ verzichten wollen, die in den 90er Jahren wichtige Dienste im indischen Teil Kaschmirs leistete – und dies bis heute in Afghanistan tut. Dauerhaft lässt sich die Gesamtregion Afghanistan-Pakistan (AfPak) aber nicht stabilisieren, solange der Kaschmir-Konflikt als Mutter aller geopolitischen Machtkämpfe in der Region die beiden Atommächte Indien und Pakistan in kriegsbereiter Rivalität hält. Fänden Islamabad und Neu Delhi einen Kompromiss, könnte Pakistan große Truppenverbände von der Ost- an die Westgrenze zu Afghanistan verschieben.

Russland ist von der Instabilität Afghanistans mehr betroffen als Europa oder die USA. Eine Stabilisierung am Hindukusch liegt im Interesse Moskaus und der zentralasiatischen Staaten, die ethnisch und historisch mit dem Land eng verbunden sind.<sup>24</sup> Erfolge der Taliban bedrohen auch die Stabilität in den früheren Sowjetrepubliken. Neben der Eindämmung einer befürchteten „Talibanisierung“ der zentralasiatischen Staaten geht es Moskau darum, nicht nur illegale Flüchtlingsströme sondern vor allem den Drogenschmuggel in die Russische Föderation einzugrenzen.

Gleiches gilt für China. Nach Einschätzung des deutschen Journalisten Bährlein wird zwar „keines der fünf zentralasiatischen Länder zu den ‚failing states‘ gezählt, obwohl zumindest einige der Staaten potenzielle Anwärter hierfür sind. In Anbetracht ihrer ethnischen Gemengelage, verbreiteter Armut, von Grenzproblemen, ihrer Nachbarschaft zu Afghanistan und in ihrer Funktion als Drogentransitländer ist es bemerkenswert, dass sie eine häufig fragile, aber doch funktionierende Staatlichkeit aufweisen“. Insofern war es nur verständlich, dass Russland im jüngsten Afghanistan-Konflikt an der Seite der USA islamistische Bestrebungen bekämpft, Waffen und Geheimdienstinformationen bereitstellt und an zentralasiatische Länder appelliert, NATO-Streitkräften Stützpunkte zur Verfügung zu stellen.



Jedoch schon 2005 kündigte zum Beispiel Usbekistan die Erlaubnis an die USA auf, weiterhin Stützpunkte in ihrem Lande aufgrund der Terrorbekämpfung zu gewähren. Das Selbstbewusstsein der zentralasiatischen Staaten gegenüber Russland als auch gegenüber den USA steigt somit zusehends. Die US-russische Kooperation kann allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass innerhalb Russlands antiwestliche Strömungen bestehen. An diesem dargestellten Beziehungsgeflecht wird vor allem eines deutlich: Nämlich dass die Regionalmächte wie China, Russland, Pakistan, der Iran als auch die USA und Deutschland erkennen, dass eine gemeinsame Zusammenarbeit zur Lösung des Afghanistan-Problems unumgänglich ist. Ohne ein stabiles Zentralasien ist der Afghanistan-Konflikt nicht lösbar.

<sup>23</sup> Der ISI schätzt die Zahl derer, die in Pakistan die radikalen Islamisten unterstützen auf 1% der Bevölkerung, also auf etwa 1,7 Mio. Pakistaner. Die Stärke der Taliban in Pakistan wird mit rund 10.000 – 15.000 Mann angegeben. In Pakistan kontrollieren die Taliban nach Schätzungen von Fachleuten inzwischen etwa 12% des Territoriums des Landes. Vgl. FAZ vom 15.05.2009, Die Schuld der Anderen; Thamm, Berndt Georg: Der Dschihad in Asien. Die islamistische Gefahr in Russland und China, München 2008

<sup>24</sup> Vgl. von Gumpfenberg, Marie-Carin / Steinbach, Udo (Hrsg.): Zentralasien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, München 2004



## Deutschlands Rolle in der Region

Am 16. November 2001 brach für das wiedervereinigte Deutschland außenpolitisch die Neuzeit an. Der Bundestag billigte mit 336 zu 326 Stimmen erstmals in seiner Geschichte die Beteiligung der Bundeswehr an einem Kampfeinsatz außerhalb der Grenzen Europas. Bundeskanzler Schröder hatte die Abstimmung über das Afghanistan-Mandat mit der Vertrauensfrage verknüpft – und so auch den friedensbewegten Teil der Grünen-Fraktion auf Linie gebracht.

Deutschland nimmt im Afghanistan-Konflikt eine herausragende Stellung ein. Die internationalen Erwartungen an Deutschland sind seit seiner Wiedervereinigung hoch, entsprechen jedoch nicht den Ansprüchen, welche umgekehrt die deutsche Bevölkerung selbst an seine Regierung stellt: Die Rolle Deutschlands als Aggressor in den zwei vergangenen Weltkriegen ist ein unvergessenes Thema in der Gesellschaft, weshalb Deutschland höchstens als „Weltfriedensstifter“ internationalen Einfluss erlangen soll – so erwartet es die deutsche Gesellschaft. In der Petersberger Konferenz in Bonn (2001), in welcher der Neuanfang Afghanistans diskutiert wurde, stellte sich Deutschland für die Übernahme der Aus- und Weiterbildung der afghanischen Polizei zur Verfügung.

**„Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“**, erklärte der damalige Verteidigungsminister Peter Struck am 5. Dezember 2002 anlässlich einer Pressekonzferenz und hat diese Äußerung mehrfach wiederholt und bekräftigt. Auch sein Nachfolger im Amt, Franz Josef Jung, vertritt diese Position. Das heißt, bestimmte Politiker sind tatsächlich der Auffassung, Deutschland dort zu verteidigen.

In Wahrheit glaubt vermutlich auch längst kein Mitglied der Bundesregierung, dass es, erstens, jemals gelingt, einer ubiquitären Organisation wie der Al-Qaida an einem einzigen lokalen Schauplatz das Handwerk zu legen. Dass es, zweitens, möglich sein kann, die Taliban durch militärische Mittel zur Aufgabe ihres Fanatismus zu bewegen; dass, drittens, Afghanistan ein geeignetes Experimentierfeld ist, eine mittelalterliche Gesellschaft, noch dazu mit militärischen Mitteln, in eine freiheitliche Demokratie zu verwandeln; und dass, viertens, die Bundeswehr die Warlords vom Wert der Menschenrechte, speziell der Frauenrechte, überzeugt.

Warum also führt Deutschland Krieg in Afghanistan? Zu nennen sind zum einen Prinzipien. Als so großes Land wie es seit 1990 ist, kann es sich die BRD nicht erlauben, neutral zu sein wie die Schweiz oder Luxemburg. Deutschland ist allein auf Grund seiner Wirtschaftskraft eines der einflussreichsten Länder der internationalen Staatengemeinschaft. Dabei strebt es nicht nach einer wie auch immer gearteten Hegemonie. Aber Deutschland pflegt bereits seit der Zeit von Kaiser Wilhelm gute Beziehungen zu Afghanistan. Diese zu nutzen und Einfluss zu nehmen auf die Region Zentralasien, scheint eine legitime und vernünftige Entscheidung zu sein. Es geht demnach auch um Einflussmöglichkeiten und damit auch um Sicherheit.



Besuch aus dem Morgenland:  
König Amanullah (links) mit Reichspräsident Paul von Hindenburg 1928 in Berlin

Im Afghanistan-Konzept (August 2009) der Bundesregierung wird der Sicherheitsaspekt als wichtigster Grund für den Afghanistan-Einsatz genannt.<sup>25</sup> *„Wir wollen die afghanische Regierung verstärkt dabei unterstützen, durch Aufbau und Ausbildung von Polizei und Armee, Sicherheit im eigenen Land zu schaffen. Die afghanische Bevölkerung möchte gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft friedliche Verhältnisse in ihrem Land, den Aufbau von demokratisch legitimierten und transparenten Regierungsinstitutionen und bessere Lebensverhältnisse erreichen.“*

Es geht ferner um die Durchsetzung demokratischer Verhältnisse – also einem Wertekodex. Dabei spielen Menschenrechte eine zentrale Rolle. In dieser Hinsicht fühlt sich Deutschland ähnlich wie die USA dazu berufen, als „Weltpolizist“ zu fungieren. Demokratisierung muss „von unten“ geschehen – die Völker Europas haben mehrere hundert Jahre gebraucht, sich die Werte Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Unverletzlichkeit der Person zu erkämpfen und zu schätzen. Andererseits ist es eine moralische Frage, ob man einfach wegschauen kann, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Wenn man allerdings eingreifen will, braucht man Mehrheiten und es muss klar nachvollziehbar begründet werden, warum gerade hier, warum nicht an den anderen zahlreichen Orten, wo tagtäglich Menschenrechtsverletzungen stattfinden!

Des Weiteren ist das Engagement Deutschlands in Afghanistan wohl auch eine Sache der Solidarität. Der damalige Bundeskanzler Schröder hat nach dem 11.09.2001 sehr schnell von der *„uneingeschränkten Solidarität“* gesprochen, also Deutschland auf der Seite der USA. In seiner historischen Bundestagsrede am 11.10.2001 führte er weiter dazu aus: *„Wir haben uns in einer neuen Weise der internationalen Verantwortung zu stellen, die auch militärische Operationen einschließt.“* Mit seiner „Abenteuer“-Absage schloss er eine Beteiligung Deutschlands am drohenden Irak-Krieg aus und sicherte sich seine Wiederwahl. Die Rechnung wurde später ausgestellt. Mit Verweis auf das Engagement in Afghanistan konnte man dem Druck der USA widerstehen und sich eine Beteiligung am Irak-Krieg ersparen.

<sup>25</sup> Vgl. Die Bundesregierung 2007: Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung

## Polizeiausbildung

Noch unter der rot-grünen Bundesregierung übernahm Deutschland im Jahr 2002 bei der Petersberger Konferenz die Aufsicht über den Neuaufbau der Polizei. Seit den Zeiten der Weimarer Republik (unter Reformkönig Amanullah) und insbesondere während der Regentschaft von König Zahir Schah und des Despoten Mohammed Daud waren deutsche Polizeiausbilder am Hindukusch höchst gefragt. Im April 2002 wurde ein deutsches Projektbüro in Kabul eingerichtet, in dem rund 40 Polizisten aus Bund und Ländern ihren Dienst taten. Dafür standen bis 2007 jährlich 12 Millionen Euro aus dem Stabilitätspakt Afghanistan zur Verfügung, was in keiner Weise ausreichte. Schwerpunkt der Arbeit war die Aus- und Fortbildung der afghanischen Polizei, vor allem in der wiedereröffneten Polizeiakademie in Kabul. Im August 2005 wurden die ersten Polizeioffiziere nach dem Studium an der Akademie ernannt. Mehr als 24.000 Führungskräfte wurden bisher geschult. Die Deutschen konzentrierten sich dabei auf die Ausbildung der mittleren und oberen Ränge, was dem gehobenen und höheren Dienst in Deutschland entspricht. Die Idee lautet, dass „Multiplikatoren“ ausgebildet werden sollten, also Leute in verantwortlicher Position, die dann selbst wieder Teile der Polizei aufbauen würden. Deshalb sind die Lehrgänge an der Kabuler Akademie besonders gründlich, sie dauern ein bzw. drei Jahre.

Es stellte sich sehr schnell heraus, dass dieses Konzept zu langfristig angelegt war und zu wenig Unterstützung für die Provinzen bot. Mit dieser Methode war es nicht möglich, annähernd genügend Polizisten auszubilden, um in dem fast doppelt so großen Land wie Deutschland eine flächendeckende und schlagkräftige Polizei aufzustellen. Als Reaktion darauf begannen die Amerikaner, Polizisten auszubilden. Immer mehr amerikanische Berater und Angestellte privater Sicherheitsfirmen übernahmen die Ausbildung. Das meiste Geld fließt in Schnellkurse, in denen einfache Polizisten im Hauruckverfahren ausgebildet werden. Vier Wochen dauern die amerikanischen Lehrgänge, bei Bedarf wird auf acht Wochen erhöht. Das ist oft deshalb notwendig, weil 80 Prozent dieser Leute Analphabeten sind. Washington hat bisher über 11 Milliarden US-Dollar in den afghanischen Sicherheitsapparat gesteckt, doch auch der von ihnen gesteuerte Aufbau der neuen afghanischen Nationalarmee (ANA) kommt nur schleppend voran.

US-Präsident Obama will mehr Engagement der Europäer. Mehr Truppen, mehr zivile Ausbilder, mehr Geld. *„Wir benötigen rund zehn Milliarden Dollar pro Jahr, um die afghanische Armee und Polizei auszurüsten, zu trainieren und zu unterstützen, und dies zunächst über mehrere Jahre“*, sagt Obamas NATO-Botschafter Ivo Daalder im Juli 2009. *„Irgendjemand muss dies bezahlen. Die USA stellen heuer mehr als fünf Milliarden Dollar bereit. Die Bundesregierung hat bislang 50 Millionen Euro in den entsprechenden Fonds gezahlt. Wir wünschen uns, dass jeder mehr tut.“* Der Druck auf Berlin wird weiter steigen.

Gegenwärtig soll es in Afghanistan rund 60.000 Polizeibeamte geben – wenigstens auf dem Papier. In der Vergangenheit hat sich aber gezeigt, dass ein Ausbildungslehrgang bei ausländischen Ausbildern nicht genügt, um die Hauptprobleme der einheimischen Polizei nachhaltig zu beeinflussen: die Korruption und die Desertionen, vor allem in den ländlichen Gegenden. Inzwischen wurden bereits 175 Polizeigeneräle entlassen und einige vor Gericht gestellt; man hat die Löhne erhöht und ein Beschwerdetelefon für die Bevölkerung eingerichtet. Ein weiteres großes Problem der afghanischen Polizei liegt in Kabul: Aus politischen Gründen betraut Präsident Karzai immer wieder zwielichtige Gestalten mit Polizeiaufgaben. So wurden in Unruheprovinzen Stammesmilizen aufgestellt, die wohl auch von örtlichen Drogenbaronen finanziert werden.

## Zur aktuellen Situation: Probleme und Konfliktlinien

Was sucht nun der „Westen“ in Afghanistan? Im Jahr 2001 begründete er seine Invasion damit, dass die Ausbildungslager von Al-Qaida die organisatorische Basis der Anschläge des 11. Septembers waren und die Taliban der Terrororganisation Unterschlupf und Schutz gewährten. Dies wurde zu Recht bestraft. Darüber hinaus sollte die ISAF-Operation Stabilität und Demokratie bringen. Letzteres ist bis heute das ideelle Fundament für das Engagement des Westens in Afghanistan. Mit dieser Absicht einher geht aber häufig ein politisch-kulturelles, manchmal auch religiöses Überlegenheitsgefühl der westlichen Staatengemeinschaft. Das rächt sich, wie die blutige Geschichte der Kolonisation und Dekolonisation zeigte. Der Versuch,

um eines höheren Zieles willen gewaltsam eine neue Ordnung zu schaffen, ist allzu oft gescheitert; in Vietnam, im Nahen und Mittleren Osten – und auch in Afghanistan. In der Armutsstatistik liegt Afghanistan nach dem UN-Armutsindex auf Platz 174 von 178 Ländern. Die Regierung selbst ist noch kaum in der Lage, Steuern einzutreiben. Die Staatskasse bleibt leer und auch acht Jahre nach dem Sturz der Taliban ist Kabul völlig von ausländischer Hilfe abhängig. Trotz internationaler Hilfe zählt die Mütter- und Kindersterblichkeit zu den höchsten in der Welt. Die Wirtschaft ist in den letzten vier Jahren zwar um jeweils über 10 Prozent gewachsen, laut der Weltbank ist Afghanistan aber immer noch eines der ärmsten Länder der Welt.

Über die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Unter wachsenden Teilen der Bevölkerung herrscht sogar Hungersnot.<sup>26</sup> 4,5 Millionen Menschen leiden weiterhin unter extremem Mangel an Nahrungsmitteln und Trinkwasser. Eine Million Kleinkinder und Babys sind unterernährt und haben weltweit gesehen die schlechtesten Chancen, ihr fünftes Lebensjahr zu erreichen. Seit Ende 2001 sind viele afghanische Flüchtlinge aus Pakistan und dem Iran zurückgekehrt. Die meisten von ihnen sind heute arbeitslos oder verdienen sich als Tagelöhner. Laut Schätzungen liegt die Arbeitslosenrate heute zwischen 50 und 80 Prozent.<sup>27</sup>

Landwirtschaft und Tierhaltung sind die wichtigsten Wirtschaftszweige. Afghanistan ist ein Agrarland, rund drei Viertel der Bevölkerung sind Bauern und Nomaden und leben von einer Landwirtschaft, die an das frühe Mittelalter in Europa erinnert. Doch selbst ernähren konnte es sich in den letzten fünfzig Jahren nicht. Grundnahrungsmittel wie Mehl, Reis und Linsen müssen importiert werden. Afghanistan hat extrem karge, aber auch sehr fruchtbare Böden, nur etwa ein Fünftel des bergigen Landes ist überhaupt urbar. Die nördliche Provinz Kundus war die Getreidekammer, Schmelzwasser aus den Bergen machte zwei Ernten im Jahr möglich. Über die Seidenstraße wurden jahrhundertlang Obst, Gemüse und Weizen transportiert, persische Sultane genossen die Melonen aus Kundus. In den 1970er Jahren exportierte Afghanistan mehr Rosinen als die USA und verdiente damit, zusammen mit Mandeln und Granatäpfeln, 100 Millionen US-Dollar pro Jahr.

Dann zerstörten 30 Jahre Krieg Bewässerungssysteme, Felder und Märkte. In den afghanischen Provinzen Khost und Paktia entstand nach dem Zweiten Weltkrieg eines der größten deutschen landwirtschaftlichen Hilfsprojekte. Während dreißig Jahren gelang es, den Hindukusch aufzuforsten, den Weizenertrag zu verdoppeln, den von Mais zu verfünffachen und neue Märkte zu erschließen. So präsent waren die Deutschen, dass das Wort „Kohlrabi“ sogar in den afghanischen Wortschatz einging. Deutsche Gewerbeschulen in Kandahar und Khost bildeten Bauern, Mechaniker und Techniker aus, die wiederum Afghanen ausbildeten – eine nachhaltige, funktionierende Entwicklungspolitik. Heute setzt die deutsche Entwicklungshilfe andere Prioritäten, sie will die Bildung fördern und die Wirtschaftsentwicklung anstoßen. Außerdem braucht es Zeit, um landwirtschaftliche Projekte umzusetzen – sechs, sieben Jahre mindestens. Für so lange Zeit mag angesichts der Sicherheitslage aber niemand Verantwortung übernehmen.

Angesichts der erheblichen Inkompetenz der offiziellen Gerichte, der schlechten Bezahlung von Polizei und Militär sowie der problematischen Zusammensetzung der Regierung und ihrer Institutionen spielt Korruption eine zentrale Rolle in der Gesellschaft. Das führt unter

anderem dazu, dass Hilfsgelder auf offiziellem Wege kaum ihren Weg bis ins ländliche Gebiet finden. Dieser Mangel korrespondiert mit der fehlerhaften Entwicklungshilfe, die Sozialprojekte priorisiert, die in den Bevölkerungen der Geber-Länder in gutem Ansehen stehen, während nachhaltiger Selbsthilfe-Aufbau und wichtige Infrastrukturmaßnahmen nicht intensiv genug betrieben oder aber einseitig an den militärischen Erfordernissen der Besatzungstruppen ausgerichtet werden.<sup>28</sup>

Afghanistan hat seit 2001, bis einschließlich 2008, 15 Milliarden US-Dollar an Hilfsgeldern bekommen. An der letzten Geber-Konferenz in Paris (2008) wurden nochmals 20 Milliarden Dollar versprochen. Etwa die Hälfte der Hilfsgelder kommt aus den USA, andere wichtige Geber-Länder sind Japan, Großbritannien, die EU, Deutschland, Kanada, Indien, die Weltbank und die Asian Development Bank. Die finanziellen Zusagen sehen auf dem Papier freilich sehr viel besser aus als in der Realität. Ein beträchtlicher Teil der auf Geber-Konferenzen in Tokio (2002), Berlin (2004) und London (2006) versprochenen Hilfe wurde bis heute nicht ausbezahlt. Laut ACBAR (Agency Coordinating Body for Afghan Relief), einer Vereinigung von 94 afghanischen und ausländischen NGOs, haben die USA von der für 2002 bis 2008 zugesagten Hilfe erst die Hälfte geleistet, Indien und die Asian Development Bank nicht einmal ein Drittel, Deutschland und die EU knapp zwei Drittel. Insgesamt wurden Afghanistan für 2002 bis 2011 zusammen 39 Milliarden Dollar versprochen, davon sind noch nicht einmal 40 Prozent geflossen.<sup>29</sup>

Dieser frappierende Rückstand bei den Zahlungen hat zu einem Teil mit der prekären Sicherheitslage und den fehlenden Kapazitäten im Land zu tun. Afghanistan ist einfach noch nicht in der Lage, eine solche Geldschwemme zu absorbieren. Es fehlt an allem: an den Institutionen, an der Infrastruktur, an qualifizierten Arbeitskräften und an Materialien. Es mangelt aber auch eindeutig am Willen vieler Geber-Länder, das versprochene Geld wirklich auszugeben.

Nach dem ACBAR-Bericht war die am Hindukusch geleistete Hilfe bis heute absolut ungenügend. Verglichen mit den für militärische Zwecke verwendeten Mitteln, sind die 15 Milliarden Dollar für Wiederaufbau und Entwicklung ein lächerlicher Betrag. Seit dem Sturz der Taliban haben die USA 127 Milliarden Dollar für den Krieg in Afghanistan ausgegeben. Weitere 25 Milliarden Dollar sind in den Sicherheitsbereich, etwa in die Ausbildung von Soldaten und Polizisten gesteckt worden. 100 Millionen US-Dollar an täglichen Militärkosten für die US-Streitkräfte stehen sieben Millionen US-Dollar an täglichen zivilen Hilfen aller Geldgeber gegenüber.

<sup>26</sup> Nach Schätzungen der britischen Hilfsorganisation Oxfam waren im Winter 2008 rund 30 Prozent der Bevölkerung vom Hunger bedroht. Das in einem Land, in dem seit 2001 über 170 Milliarden US-Dollar für den Krieg ausgegeben wurden. Vgl. [www.oxfam.org](http://www.oxfam.org)

<sup>27</sup> Vgl. Afghanistan's Center for Research and Policy Studies; [www.afg-crps.org](http://www.afg-crps.org)

<sup>28</sup> Afghanistan ist ein fragmentiertes Land. Jedes Dorf ist sich sein eigener Staat. Es ist daher kein Zufall, dass die wohl erfolgreichsten Aufbauprogramme in den Händen von 20.000 gewählten Lokalräten liegen, die mit Kleinkrediten den Wiederaufbau ihrer Gemeinden betreiben. Bewässerungskanäle, Krankenstationen, Stromleitungen – das sind die interessantesten Fortschritte auf dem Lande.

<sup>29</sup> Vgl. Waldmann, Matt: Falling Short. Aid Effectiveness in Afghanistan, in: ACBAR advocacy series; [www.acbar.org](http://www.acbar.org)



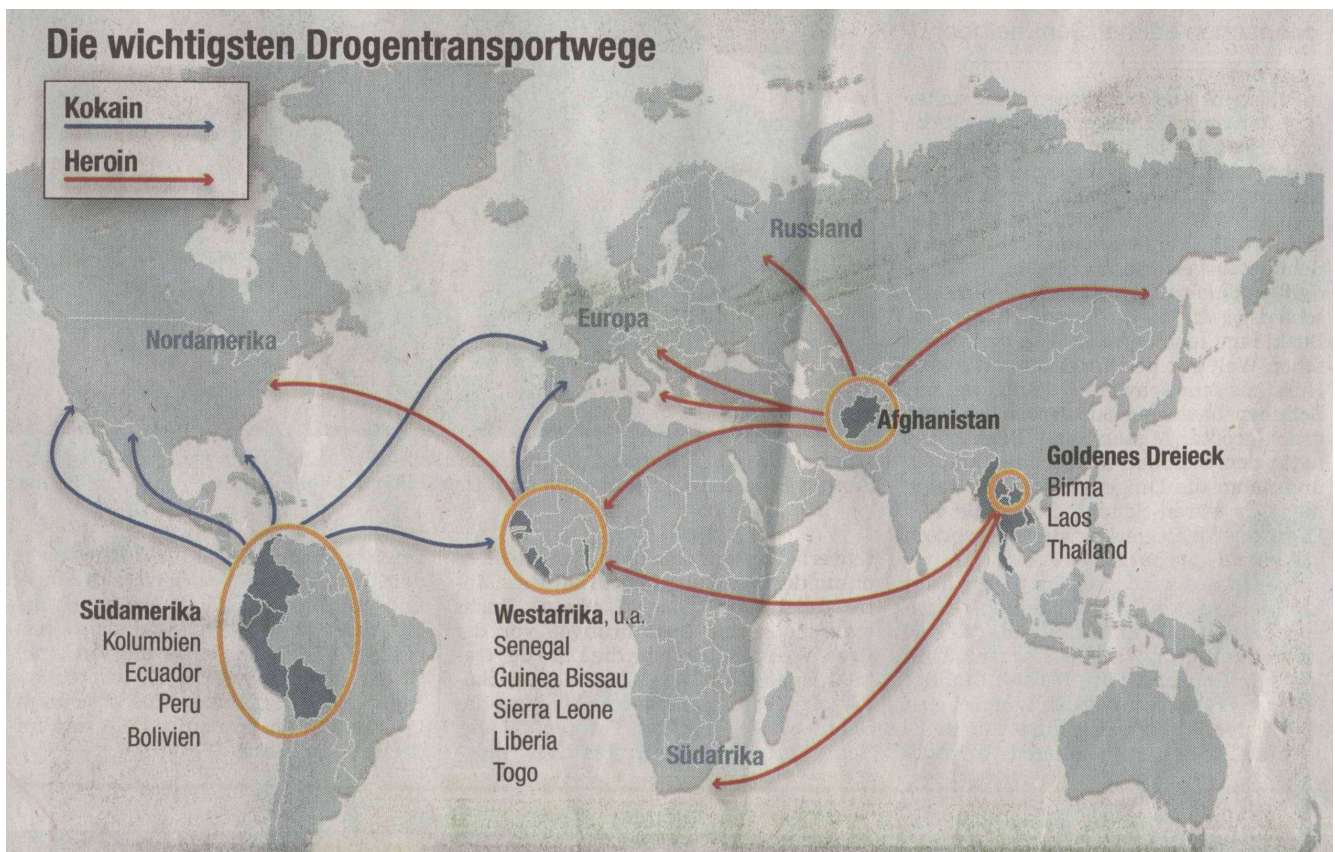
Laut ACBAR bekam Afghanistan in den ersten zwei Jahren nach der amerikanischen Intervention (2002 und 2003) 57 Dollar Hilfe pro Einwohner; Bosnien-Herzegowina hat im Vergleich dazu 679 Dollar pro Kopf erhalten und Ost-Timor 233 US-Dollar. In den Jahren 2007/2008 haben die afghanischen Kriegsprovinzen wie Helmand, Zabul, Nimroz und Uruzgan eine Pro-Kopf-Hilfe von jährlich rund 200 US-Dollar erhalten. Relativ friedliche Provinzen dagegen, die zudem zu den ärmsten in Afghanistan zählen, wie beispielsweise Sri Pul, Daikundi oder Takhar, empfangen in diesen Jahren hingegen nur etwa 60 US-Dollar Pro-Kopf-Hilfe. Dieser Umstand hat zu Recht die Bewohner dieser Region fragen lassen, ob Krieg ein Kriterium für die Vergabe von zivilen Leistungen sei.

Der ACBAR-Bericht stellt zudem fest, dass die in Afghanistan tatsächlich geleistete Hilfe zum großen Teil ineffizient war. Kritisiert wird insbesondere, dass über 40 Prozent der Gelder zurück in die Geber-Länder fließen – in Form von Honoraren ausländischer Spezialisten und Angestellter und im Ausland eingekaufter Materialien. Der größte Teil der bisher geleisteten Hilfe ist gebunden (an Dienstleistungen und Ressourcen aus den Geber-Ländern). Entsprechend wurden kaum afghanische Arbeitskräfte eingestellt und einheimische Materialien verwendet. Ein ausländischer Spezialist in Afghanistan verdient bis zu 500.000 US-Dollar im Jahr; seine Unterkunft, sein Auto und seine Sicherheit kosten fast ebenso viel. Bei vielen Projekten haben die Gewinne von ausländischen Auftragnehmern die Hälfte der aufgewendeten Mittel ausgemacht. Eine im Auftrag der Regierung gebaute Schule kostet rund 45.000 US-Dollar, eine von Ausländern errichtete hingegen 200.000 US-Dollar.

Da stellt sich natürlich die Frage, wie soll Afghanistan in der Zukunft eine Armee und Polizei in der Größenordnung, die im *Afghanistan Compact* als Zielgröße für 2010 vereinbart wurde (80.000 Soldaten und 82.000 Polizisten)<sup>30</sup> aus einem Staatshaushalt finanzieren können, dessen Einnahmen im CIA World Fact Book mit 890 Millionen US-Dollar (2008) angegeben werden? Wenn 162.000 Personen auch nur mit umgerechnet 100 US-Dollar pro Monat bezahlt werden sollen, kostet das im Jahr bereits rund 200 Millionen US-Dollar, Ausrüstung, Unterbringung und damit verbundene laufende Sachkosten nicht eingerechnet. Was würde es andererseits bedeuten, wenn Armee und Polizei eines souveränen Staates auf unabsehbare Zeit mit ausländischen Geldern finanziert werden müssen?

Die Interventionsstaaten und andere Geber-Länder stellen neben den militärischen Ausgaben auch Gelder für die Entwicklung Afghanistans zur Verfügung. Diese betragen 2002 – 2006 für Entwicklungshilfe ca. 7 Mrd. US-Dollar und für Gesundheit / Ernährung ca. 430 Millionen US-Dollar. Dagegen wurden für den militärischen Bereich ca. 82 Mrd. US-Dollar ausgegeben. Dieses Verhältnis von 10:1 oder schlechter gilt nicht für alle Geberländer; im Ergebnis ist jedoch deutlich, dass die Entwicklung des Landes unter diesen Voraussetzungen kaum Chancen hat.

<sup>30</sup> Der amerikanische General Stanley McChrystal, Kommandeur der internationalen Truppen in Afghanistan, verlangt den verstärkten Ausbau der afghanischen Sicherheitskräfte und spricht von einer Erhöhung auf rund 400.000 Mann (240.000 Soldaten und 160.000 Polizisten). Vgl. FAZ vom 22.09.2009, McChrystal warnt vor einer Niederlage in Afghanistan. Dies würde einen jährlichen Betrag von rund 500 Millionen US-Dollar bedeuten.



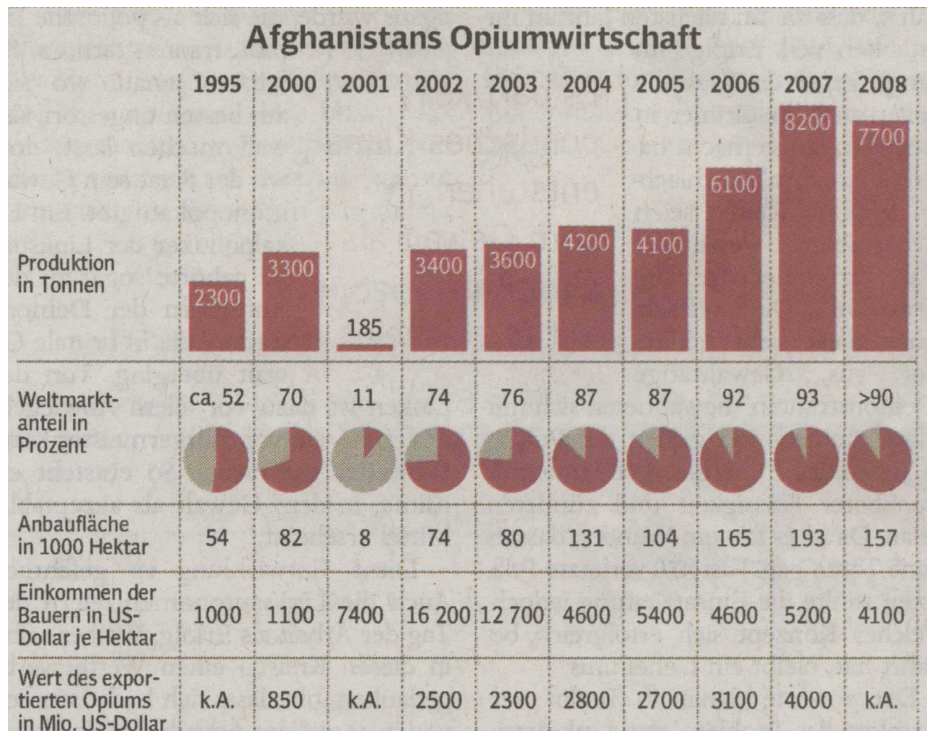


# Drogenanbau und Drogenhandel

Die UN schätzen den weltweiten Umsatz aus Drogengeschäften derzeit auf rund 320 Milliarden Dollar.<sup>31</sup> Wäre dieses Geschäft eine Volkswirtschaft, dann rangierte diese unter allen Ländern der Welt an 21. Stelle, gleich hinter Schweden. Der Umsatz ist größer als der von Tabak, Wein, Bier, Schokolade, Kaffee und Tee zusammen. Der größte Teil der berauschenden Substanzen wird im reichen Norden konsumiert, die Rohstoffe stammen aus dem armen Süden, aus der Andenregion, aus Afghanistan, dem Goldenen Dreieck in Südostasien. Opfer sind auf beiden Seiten zu beklagen. Im Norden sind es die Drogentoten. Die größten Schäden aber hat der Süden zu verkraften, neben den Drogentoten hinterlässt die Drogenbekämpfung eine kaputte Welt aus Gewalt und Korruption. Solange die Nachfrage nach Rauschgift aus den westlichen Ländern stimuliert, der Staat sein Gewaltmonopol nicht durchsetzen kann, es keine Anreize für den Anbau legaler landwirtschaftlicher Produkte gibt und Nachbarstaaten aus welchen Gründen auch immer ein Dorado für Terroristen und Kriminelle aller Art sind, solange wird die Dynamik des zweitgrößten Gütermarktes der Welt nicht zu bremsen sein.

Die internationale Rohopiumproduktion, aus der Heroin hergestellt wird, hat sich zwischen 1997 und 2007 nach EU-Berichten verdoppelt. Afghanistan gehört zu den größten Opium-Produktionsländern, die zusammen den sogenannten „Golden Halbmond“ und das „Goldene Dreieck“ ergeben. Drogen sind einer der wichtigsten Treibsätze für den Krieg in Afghanistan. Aus Afghanistan werden mittlerweile über 90% des weltweit illegal gehandelten Opiums (Ausgangsstoff für Morphin und Heroin) bedient.<sup>32</sup> Die Vereinten Nationen stellen dazu fest: „Praktisch gesehen kommt das gesamte, in Europa verfügbare Heroin aus Afghanistan.“<sup>33</sup> Ein Drittel oder 3,5 Milliarden Dollar des offiziellen Bruttoinlandsprodukts soll mit dem Drogengeschäft erwirtschaftet werden. Davon wandern nach konservativen Schätzungen bis zu 300 Millionen Dollar in die Kassen der Taliban – die so Kämpfer und Waffen bezahlen.<sup>34</sup>

Afghanistan ist zudem Opium-Hauptexportland für Russland und Westafrika, von wo aus es in die USA



gelangt. Im vorletzten Jahr der Taliban-Herrschaft, 1999, kamen 4.500 Tonnen Opium aus Afghanistan auf den Weltmarkt, was 77 Prozent des Marktes entsprach. 2001 waren es „nur“ 150 Tonnen, weil die Taliban aufgrund des internationalen Drucks kurzzeitig gegen den Anbau vorgegangen waren (Mohammed Omar als De-facto-Staatschef verbot 2000 den Opiumanbau erfolgreich als „Sünde“).<sup>35</sup> Ausgerechnet unter den Augen der westlichen Besatzer hat die Opiumproduktion in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Im Jahr 2001 waren es 185 Tonnen Opium, 2005 wurden 4.100 Tonnen Rohopium aus afghanischem Mohn gewonnen, 2006 dann 6.100 Tonnen, 2007 wurden in Afghanistan bereits 8.200 Tonnen Opium geerntet, was 93 Prozent des weltweiten Verbrauchs entsprach.

Das UNODC nennt für 2007 mehr als die Hälfte der gesamten Anbaufläche Afghanistans, die für den illegalen Drogenanbau benutzt wird.<sup>36</sup> Derzeit wird in 20 Provinzen kein Schlafmohn mehr angebaut (2005 haben afghanische Bauern noch in allen 34 Provinzen Mohn angebaut). Keine Fortschritte bei der Zurückdrängung des Schlafmohnanbaus und der Opiumherstellung verzeichnen die Vereinten Nationen in den an Pakistan angrenzenden Provinzen im Süden Afghanistans, allen voran in der Provinz Helmand. Für die Gotteskrieger ist Helmand das Herz des Aufstandes – vor allem, weil hier ihre Finanzquellen liegen.

<sup>31</sup> Vgl. Ruf, Werner (Hrsg.), Politische Ökonomie der Gewalt, Opladen 2003  
<sup>32</sup> Vgl. Leonhardt, Ralf 2009: Weltweit so viel Drogen wie noch nie. Artikel in der TAZ vom 12.03.2009, S. 8  
<sup>33</sup> Vgl. UNRIC (= Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen in Westeuropa) 2008: Mehr als 90 Prozent des weltweiten Markts für illegale Opiate werden von Afghanistan aus bedient. Online im Internet. [www.unric.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=15668&Itemid=155](http://www.unric.org/index.php?option=com_content&task=view&id=15668&Itemid=155)  
<sup>34</sup> Vgl. SZ vom 13.03.2009, Es gibt positive Signale

<sup>35</sup> Mit einem Dekret von Mullah Omar wurde der Mohnanbau im Jahr 2000 von 82.000 auf 8.000 Hektar verringert. Damit hatten die Taliban den Nachschub künstlich verringert, weil die Weltmarktpreise für Rohopium drastisch gefallen waren. Vgl. CSR (= Corporate Social Responsibility) Report of Congress 2001: Taliban and the Drug Trade. Online im Internet. <http://fpc.state.gov/documents/organization/6210.pdf>  
<sup>36</sup> Vgl. UNODC (= UN Office on Drugs and Crime) 2007: Afghanistan Opium Survey 2007. Executive Summary. Online im Internet. [www.unodc.org/pdf/research/AFG07\\_ExSum\\_web.pdf](http://www.unodc.org/pdf/research/AFG07_ExSum_web.pdf)

Dank der Gewinne aus der Rauschgiftherstellung sind die Taliban so stark, dass die afghanische Zentralregierung, ausländische Truppen und NGOs in dieser Region wenig bis nichts auszurichten vermögen.

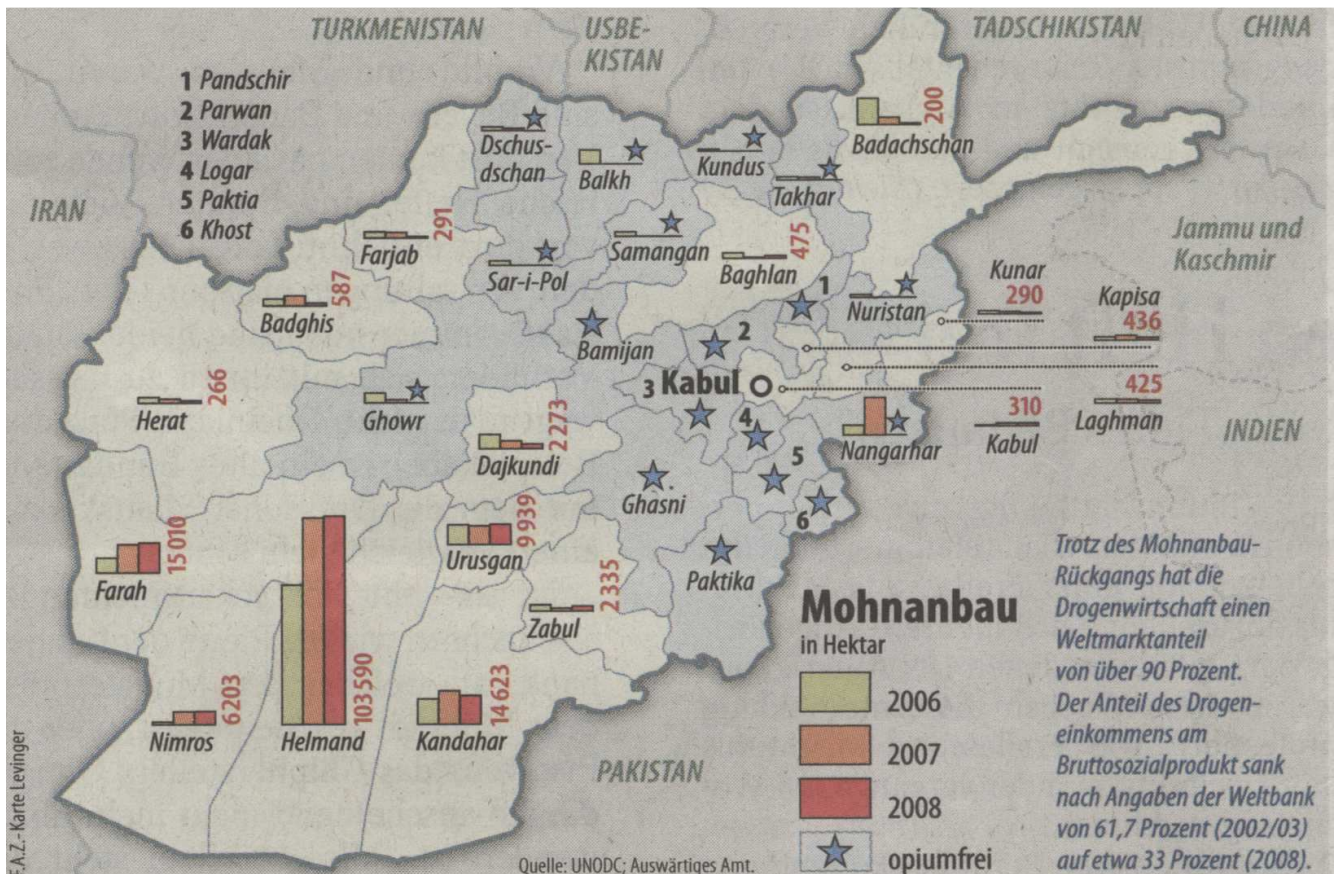
Inzwischen gehen die US-Streitkräfte gezielt mit militärischer Gewalt gegen Drogenbarone vor, die Aufständische unterstützen oder die Taliban finanzieren. Das Militär hat etwa 50 Afghanen auf eine Liste mit Zielen gesetzt, die ohne Einschränkung angegriffen werden dürfen. Das Vorgehen ist Teil der neuen US-Strategie im Kampf gegen den Opiumanbau und Drogenhandel. Die Drogenbarone werden damit den Anführern der Taliban gleichgesetzt. Insgesamt gibt es derzeit 367 derartige Zielpersonen. Ihre Namen sind auf einer geheimen Liste enthalten, die nach Prioritäten sortiert militärische Ziele aller Art umfasst. Unklar ist, ob diese den NATO-Staaten zugänglich ist, die an dem von der Allianz geführten ISAF-Einsatz teilnehmen. Für die Aufnahme auf die Liste seien mindestens zwei glaubhafte Quellen und weitere Beweise für eine Unterstützung der Taliban erforderlich.

Angriffe auf Drogenhändler mit nachgewiesenen Verbindungen zu den Taliban hatten die NATO-Verteidigungsminister schon im Oktober 2008 einstimmig gebilligt. Ob die am ISAF-Einsatz beteiligten Länder davon Gebrauch machen, steht in ihrem Ermessen. Die Bundeswehr hat kein Mandat zur Drogenbekämpfung und die Bundesregierung lehnt derzeit eine Beteiligung ab, ähnlich wie Frankreich, Italien und Spanien.

Vieles wurde bisher probiert, um das Drogengeschäft einzudämmen. Felder wurden abgebrannt, alternative Anbaumethoden getestet, Kuriere festgenommen.

Korrumpierte Politiker und hochrangige, ins Drogengeschäft verwickelte Polizeioffiziere wurden öffentlich benannt, eine Drogenstaatsanwaltschaft sollte das Problem rechtsstaatlich lösen. Genutzt hat es wenig. Die Anbaumenge wächst, und die Infrarot-Satelliten können erkennen, dass immer mehr Feuer unter den Heroinkesseln im Land lodern. Wenn die USA nun die Drogenbarone „tot oder lebendig“ fassen, im Klartext also gezielt töten wollen, dann greifen sie zum radikalsten Mittel – mit wenig Aussicht auf Besserung. Die Drohung wird nur begrenzt abschrecken, hinter einem getöteten Drogenhändler warten fünf neue auf das Geschäft. Das Drogenübel in Afghanistan lässt sich nur durch den richtigen Mix von Maßnahmen in den Griff bekommen: Bauern dürfen keine materiellen Nachteile erleiden, wenn sie dem Mohnanbau entsagen (evtl. könnten direkte Zahlungen an afghanische Bauern diese vom Opiumanbau abbringen); Heroinlaboratorien müssten zerstört, Opiummärkte geschlossen und Rauschgifttransporte unterbunden werden. Im Zentrum aber muss eine konsequente Strafverfolgung stehen. In einem korrupten Land wie Afghanistan ein fast unlösbares Problem.

Experten in Kabul sind sich einig, dass das Drogenproblem auch deshalb nicht gelöst werden kann, weil Präsident Karzai bisher nicht bereit ist, gegen die Drogenmafia vorzugehen. Karzai tue deshalb nichts, weil einige seiner wichtigsten politischen Verbündeten, wie auch sein jüngerer Bruder Ahmad Wali Karzai, im Drogengeschäft mitmischten. Der frühere Innenminister Ali Ahmad Jalali, der das Problem energisch hätte angehen wollen und gedroht hatte, eine Liste mit den Namen der Drogenbarone zu veröffentlichen, musste Ende 2005 zurücktreten und lebt seither in den USA.





## Drogenökonomie

Vom Anbau von Schlafmohn leben in Afghanistan laut Schätzung etwa 400.000 Familien, das heißt knapp 3 Millionen Menschen. Die Bauern sind das unterste Glied in einer langen Kette. Sie ernten Rohopium (getrockneter Milchsaft des Schlafmohns) und verkaufen es zu niedrigen Preisen an Kleinhändler. Diese unterhalten zumeist persönliche und vertrauensvolle Beziehungen zu den Bauern. Von diesen Kleinhändlern geht der Stoff an die lokalen Händler. Diese leben meist ebenfalls in den Dörfern und sind in die ländlichen Gemeinschaften eingebunden. Ihre Anzahl wird groben Schätzungen des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung zufolge landesweit auf 10.000 bis 15.000 geschätzt. Der Handel verläuft auf dieser Ebene relativ offen. Auf der nächsten Stufe befinden sich die Zwischenhändler, von denen es zwischen 500 und 600 geben soll. Der Austausch zwischen lokalen und Zwischenhändlern findet in einer stärker organisierten und verdeckten Weise statt. Nachfolgend wird das Opium an hoch organisierte Händler verkauft, die den grenzüberschreitenden Verkehr abwickeln. Ihre Verbindungen laufen über Schlüsselkontakte. Bei der Gruppe der Händler handelt es sich um sehr wohlhabende und einflussreiche Personen, ihre Anzahl wird landesweit auf 200 – 250 geschätzt. Die Haupthändler bilden die oberste Ebene der Hierarchie, sie werden auf 25 – 30 Personen geschätzt. Sie haben hervorragende politische Verbindungen, welche sicherstellen, dass sie ihre Operationen ungestört ausführen können. Im Gegenzug beteiligen sie politische Verbindungsmänner durch Schutzgeldzahlungen an ihren immensen Gewinnen. Weil die Haupthändler in der Regel stark in das politische Umfeld eingebunden sind, agieren sie nicht selbst im Drogenhandel, sondern dirigieren lediglich. Die Gruppe der Haupthändler formiert sich aus Geschäftsleuten, früheren politischen Funktionsträgern, religiösen Autoritäten, früheren NGO-Leitern und Kriminellen. Da Rohopium in einfachen chemischen Prozessen zu Morphin und danach zu Heroin verarbeitet werden kann und sich sein Volumen dadurch deutlich verringert, geschieht dies meist noch in Labors in den Grenzprovinzen im Osten, Süden und Westen Afghanistans. Die afghanische Drogenmafia kontrolliert den Handel nur bis zur Grenze, dort wird der Stoff an Handelsnetze in den Nachbarländern verkauft. Über die Hälfte der afghanischen Opiate wird über die iranische Grenze geschmuggelt, ein Drittel über die pakistanische, rund 15 Prozent über die zentralasiatischen Staaten. Nicht nur die Taliban finanzieren ihren Kampf zum Teil durch Drogengelder. Auch die zur Instabilität in Afghanistan beitragenden pakistanischen und iranischen Geheimdienste profitieren von dem Milliardengeschäft. Ein Prozent der Gewinne der Opiumwirtschaft bleibt in der Regel bei den Bauern; 2,5 Prozent bei den Händlern im Land; fünf Prozent werden von Zwischenhändlern auf den Transitwegen eingestrichen; der Rest von Dealern in Europa und den USA. Vgl. Kursawe, Janet, Drogenökonomie: Kein Wandel aber Handel, in: inamo, Heft 48, Winter 2006; Adolf, Matthias, Opiumökonomie Afghanistan, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1/2006

## Einige erfolgreiche Hilfsprojekte

### ► First Microfinance Bank of Afghanistan

Projektträger: International Finance Corporation (IFC)  
Ort: Kabul und nordöstliche Provinzen; seit 2002  
Ziel: Zu den Zielen gehören die Gründung der ersten Microfinance Bank nach dem Kollaps des Taliban Regimes, die Dienstleistungen den Armen anbietet und Unterstützung des Wiederaufbaus und der ökonomischen Entwicklung in Form von Förderung der Kleinunternehmen.  
Quelle: [www.ifc.org](http://www.ifc.org)

### ► Gender Policies

Projektträger: Tdh Foundation  
Ort: Kabul und nördliche Provinzen; seit 2000  
Ziel: Vermittlung der Arbeitsplätze für die afghanischen Frauen in Hilfsprojekten  
Quelle: [www.tdhafghanistan.org](http://www.tdhafghanistan.org)

### ► Minenbeseitigung

Projektträger: Mine Detection Dog Center (MDC)  
Ort: alle Provinzen; seit 1988  
Ziel: Auffinden von Landminen mit Hilfe von Hunden  
Quelle: [www.medico.de](http://www.medico.de)

### ► Patenschaft für Waisenkinder

Projektträger: Avicenna e. V.  
Ort: Kabul; seit 2003  
Ziel: Vermittlung der Patenschaften für die Waisenkinder  
Quelle: [www.avicenna-verein.de](http://www.avicenna-verein.de)

### ► Peace Education Program

Projektträger: Help the Afghan Children (HTAC)  
Ort: alle Provinzen; seit 2002  
Ziel: Zu den Hauptaufgaben dieses Programmes gehören Lehren von Friedenskonzepten und der gewaltfreien Konfliktlösung, Weiterbildung der Lehrer in den Inhalten des Programmes und Einbindung der Kinder in weitere begleitende Projekte, die die Grundlagen des Programmes bestärken.  
Quelle: [www.helptheafghanchildren.org](http://www.helptheafghanchildren.org)

### ► Rosenölproduktion

Projektträger: Die Welthungerhilfe  
Ort: Nangarhar; seit 1996  
Ziel: Um das Überleben ihrer Familien zu sichern, bietet das Projekt eine legale Alternative bei der Produktion von Rosenöl zum illegalen Mohnanbau, die ihnen ein stabiles Einkommen garantiert.  
Quelle: [www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de)

### ► Trinkwasserversorgung

Projektträger: Deutscher Entwicklungsdienst (DED)  
Ort: Kabul, Herat, Kunduz  
Ziel: Verbesserung der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung in Afghanistan durch Strukturreformen im Wassersektor, Kapazitätsentwicklung bei den Betreibern sowie Instandsetzung von Anlagen und einer Erweiterung der Verteilungsnetze.  
Quelle: <http://afghanistan.ded.de>

## Welche Lösungen werden heute in Deutschland diskutiert?<sup>37</sup>

In der Frage, wie die deutsche und internationale Afghanistan-Politik umgestaltet werden müsse, um einen Friedensprozess in Gang zu bringen, der diesen Namen verdient, gibt es gravierende Differenzen und Auseinandersetzungen. In Deutschland werden hierzu im Wesentlichen folgende Grundpositionen vertreten:

- Da sich Wiederaufbau des Landes und Anwesenheit ausländischer Truppen ausschließen, ist der **sofortige Abzug aller ausländischen Truppen**, im Zweifelsfall beginnend mit dem Abzug des deutschen ISAF-Kontingents, daher unabdingbare Voraussetzung für eine Verbesserung der Situation. Diese Position wird beispielsweise vom „Bundesausschuss Friedensratschlag“,<sup>38</sup> der Tübinger „Informationsstelle Militarisation“ (IMI)<sup>39</sup> und der Partei „Die Linke“<sup>40</sup> vertreten.
- Ein **kontrollierter Abzug der ausländischen Truppen**, beginnend mit einer sofortigen Beendigung aller Aktivitäten, die mit militärischen Mitteln Terrorismus oder Drogenanbau und -handel zu bekämpfen versuchen, ist die Voraussetzung für Fortschritte im Friedensprozess und im Wiederaufbau des Landes. Denn die Anwesenheit ausländischer Truppen gegen den Willen eines oder mehrerer Konfliktbeteiligter ist für einen Friedensprozess grundsätzlich nicht förderlich, sondern behindert ihn. Wenn zwischen den Staaten, die an OEF und an ISAF beteiligt sind, kein Einvernehmen in dieser Frage hergestellt werden kann, ist die Androhung des Abzugs der eigenen Truppen Mittel der Wahl für diejenigen Staaten, die die derzeitige Strategie für kontraproduktiv halten. Diese Position wird z. B. von der „Kooperation für den Frieden“ in ihrem Afghanistan-Dossier<sup>41</sup> und in einer gemeinsamen Erklärung mit der Nationalen Friedensjirga Afghanistan vom Sommer 2008 vertreten.
- Der **Aufbau eines funktionierenden Staatswesens** ist die Basis für die Stabilisierung der Sicherheit in Afghanistan. Werden hier auf Grund mangelnder Unterstützung der internationalen Gemeinschaft oder auf Grund der innerafghanischen Bedingungen keine Fortschritte sichtbar, sollten die Bundesregierung und andere Länder einen **Rückzug ihrer Truppen in die größeren Städte** erwägen. Diese Position wird beispielsweise in einem Policy Paper der Stiftung „Entwicklung und Frieden“ vertreten.<sup>42</sup>
- **Entwicklung und Polizeiaufbau** als wesentlicher Teil des Aufbaus staatlicher Strukturen sind die entscheidenden Erfolgsfaktoren in Afghanistan. Der

OEF-Einsatz sollte sofort beendet werden, der ISAF-Einsatz muss sich kurzfristig strikt an der Einhaltung der Menschenrechte und der Vermeidung von zivilen Kollateralschäden orientieren, mittelfristig muss eine **Exit-Strategie** entwickelt werden. Diese Position wird von vielen Entwicklungsfachleuten vertreten, z. B. im Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (venro).<sup>43</sup>

- Nur durch eine **vorübergehende Verstärkung der ISAF** kann die Sicherheitslage in Afghanistan verbessert werden. Dies aber ist unverzichtbare Voraussetzung für den Wiederaufbau des Landes. Die Misserfolge der letzten Jahre sind durch Fehler verursacht worden, die inzwischen bekannt sind und in Zukunft vermieden werden können. Mit dem Konzept der **„vernetzten Sicherheit“** („integrated approach“) und der Konzentration auf den Aufbau der afghanischen Armee und Polizeikräfte ist ein erfolgversprechender Ansatz gefunden worden, um das Engagement der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan doch noch zum Erfolg zu bringen. Diese Position wird von der Bundesregierung vertreten,<sup>44</sup> ebenso in Strategiepapieren der Stiftung Wissenschaft und Politik.<sup>45</sup> Sie findet sich auch in der Abschluss-Erklärung des NATO-Gipfels vom 4. April 2009 wieder.

Bei der Einschätzung, wie sich die Politik der NATO-Staaten in Afghanistan weiter entwickeln wird, muss berücksichtigt werden, dass sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich die USA bei weitem der stärkste Akteur ist. Großbritannien engagiert sich ebenfalls in beiden Bereichen stärker als Deutschland. Die zukünftige Afghanistan-Strategie der NATO-Staaten wird also weniger von der deutschen als von der internationalen Diskussion abhängen. Bundesregierung, Bundestag, Parteien, Stiftungen, Hilfsorganisationen, Friedensbewegung und alle Interessierten sollten ihre Vorschläge zur zukünftigen Strategie bzw. ihre Aktivitäten in und in Bezug auf Afghanistan daher immer unter dem Aspekt sehen, ob sie im Einklang mit oder im Widerspruch zu den Aktivitäten der entsprechenden Institutionen der anderen NATO-Staaten, insbesondere der USA und Großbritanniens, stehen.

Die jährliche Verlängerung der Auslandseinsätze der Bundeswehr hat sich zu einer Abstimmungsroutine entwickelt, die jenseits des vorhersehbaren Schlagabtauschs keinen Beitrag zu einer grundsätzlichen Verständigung über die Ziele, die Mittel und die absehbaren Fristen des Einsatzes leistet. Während sich die Fachwelt, die Experten der Fraktionen und die politische Publizistik inzwischen mit Fragen der Einsatzkriterien oder mit Exit-Optionen beschäftigen, verfügt der Bundestag über keine Instanz, die sich systematisch der Klärung der längerfristigen Probleme deutscher Auslandseinsätze annehmen könnte. Es fehlen „strategische Räume“, in denen regelmäßig und gelegentlich auch ohne Entscheidungsdruck über die sicherheitspolitischen Perspektiven beraten werden kann.

<sup>37</sup> Vgl. Finckh, Ute: Wie weiter in Afghanistan? In: Annen, Niels / Finckh, Ute / Rohardt, Tim / Zimmermann, Burkhard (Hrsg.): Zeit für Frieden. Sozialdemokratische Beiträge zur Friedens- und Sicherheitspolitik, Dortmund 2009, S. 159 ff.

<sup>38</sup> Vgl. [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/Welcome.html](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/Welcome.html)

<sup>39</sup> Vgl. [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

<sup>40</sup> Vgl. [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

<sup>41</sup> Vgl. Monitoring-Projekt. Dossier IV: Der Afghanistan-Konflikt, Bonn 2008

<sup>42</sup> Vgl. Hipler, Jochen: Afghanistan – Kurskorrektur oder Rückzug? Stiftung Entwicklung und Frieden, Policy Paper Nr. 29, September 2008; [www.sef-bonn.org](http://www.sef-bonn.org)

<sup>43</sup> Vgl. [www.venro.org/fileadmin/Publikationen/Afghanistan-Positionspapier](http://www.venro.org/fileadmin/Publikationen/Afghanistan-Positionspapier)

<sup>44</sup> Vgl. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 26.03.2009

<sup>45</sup> Vgl. Schmidt, Peter (Hrsg.): Das internationale Engagement in Afghanistan. Strategien, Perspektiven, Konsequenzen. SWP-Studie S23, Berlin, August 2008

## Fazit und Ausblick

Vor 2001 hatten 8% der Afghanen Zugang zu medizinischer Basisversorgung, heute rund 80%. Seit Ende 2001 verfünffachte sich die Zahl der Schulkinder auf 6,5 Millionen, davon ein Drittel Mädchen. Die Verfassung von 2004 gewährleistet die gleichen Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger. Laut UNHCR sind seit 2002 fünf Millionen Flüchtlinge nach Afghanistan zurückgekehrt. Zehntausende junger Männer und Frauen besuchen voller Optimismus wiedereröffnete Universitäten und Hochschulen, Hunderttausende Frauen und Mütter – unter den Taliban noch vor wenigen Jahren gedemütigt, eingesperrt, gesteinigt – arbeiten wieder als Lehrerinnen und Ärztinnen, als Polizistinnen und Abgeordnete, als Provinz-Gouverneurin und Botschafterin im Ausland und als Ministerin, hochangesehen im Kabinett Karzais (dank einer Quotenregelung sitzen heute 68 Frauen im 249-köpfigen Parlament).<sup>46</sup> Zahlreiche Brunnen werden und wurden gebohrt, Bewässerungskanäle wieder instand gesetzt, 2001 waren ganze 50 km Straßen geteert, Ende 2008 waren es bereits 9.000 km. Mit der Verabschiedung der Verfassung 2004 und der Wahl des Parlaments im September 2005 wurde ein Aufbau staatlicher Institutionen geschaffen, wie das Ende 2001 kaum jemand für möglich gehalten hätte. Das alles sind Erfolge, die angesichts der verheerenden Ausgangsbedingungen von 30 Jahren Krieg, von extremer Armut, einer fragmentierten Gesellschaft und fehlender zentralstaatlicher Tradition gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können.<sup>47</sup>

Andererseits hat die Enttäuschung und Frustration in der afghanischen Bevölkerung in den letzten Jahren massiv zugenommen – über eine vielfach versagende und korrupte Regierung, eine bestechliche Verwaltung, Blutsauger allesamt, über eine Drogenwirtschaft, die nicht auszurotten sei, über eine weit hinter ihren Versprechen zurückbleibende Staatengemeinschaft. Die Taliban hätten nichts anzubieten, nur Angst, Schrecken und Gewalt. Keiner in Afghanistan sagt, dass er sich

---

<sup>46</sup> Die Situation der Frauen hat sich seit dem Sturz der Taliban 2001 verbessert, das Bewusstsein der Frauen hat sich verändert. Früher haben sie alles passiv ertragen, heute rufen sie um Hilfe, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Das ist eindeutig ein Fortschritt, doch die Lage der meisten Frauen in Afghanistan ist immer noch dramatisch. Häusliche Gewalt, Zwangsehen und der Verkauf im Kindesalter sind noch immer verbreitet, obwohl laut Verfassung verboten. Hunderte von jungen Frauen bringen sich jedes Jahr um, meistens durch Selbstverbrennung, weil sie keinen anderen Ausweg aus der Hölle sehen. Die afghanische Gesellschaft ist sehr traditionell und männerdominant – im tadschikischen Norden ebenso wie im paschtunischen Süden. In ländlichen Gegenden verlassen die Frauen kaum je das Haus. Wenn man etwas an den gesellschaftlichen Strukturen ändern will, muss man die Männer einbeziehen. Stammesführer und Warlords missbrauchen die Religion als Waffen gegen die Frauen. Wenn diese für ihre Rechte kämpfen, werden sie als unislamisch und verwestlicht beschimpft. Doch im Grunde geht es gar nicht um Religion. Diese Männer sind ganz einfach erzkonservativ und wollen aus Machtgründen nichts am Verhältnis zwischen den Geschlechtern ändern. Vgl. Afghan Women Skills Development Center (AWSDC); [www.awsdc.org](http://www.awsdc.org); siehe auch Gross, Heike: Ein schöner Tag zum Sterben. Als Bundeswehrärztin in Afghanistan, München 2009

<sup>47</sup> Seit Juni 2009 gibt es erstmals wieder eine durchgehende Flug-Verbindung von Kabul nach Europa. Es ist nicht verwunderlich, dass sich die afghanische Fluggesellschaft Safi ([www.safiairways.aero](http://www.safiairways.aero)) als Ziel Frankfurt ausgesucht hat, sind doch die afghanisch-deutschen Beziehungen traditionell gut. Infolge des Militärputsches 1979 zog es viele afghanische Flüchtlinge nach Deutschland. Ende 2008 lebten laut dem Deutschen Statistischen Bundesamt 48.400 Personen mit afghanischer Staatsangehörigkeit in Deutschland. Insgesamt wird die Anzahl der Personen afghanischer Abstammung auf rund 100.000 geschätzt.

die Taliban zurückwünsche, doch jeder glaubt, dass sie wiederkommen könnten, wenn sich nichts ändere. Denn die Sicherheitslage wird stets schlechter, die Wirtschaftslage nicht durchgreifend besser. Die Taliban dagegen seien „sauber“. Sie entschieden Dispute, schnell und kostenlos. Die Sicherheitskräfte präsentieren sich immer noch als Torso und der Wiederaufbau stockt trotz aller Milliarden, die geflossen sind.

Über die Jahre hinweg hat sich der Westen sein Schwarz-Weiß-Bild bewahrt, in dem die Taliban die Bösen, die Mitglieder der afghanischen Regierung folglich die Guten sind. Doch damit hat er sich zur Geisel einer Regierung gemacht, die selbst eher mit der Plünderung des Landes als mit dessen Aufbau beschäftigt ist. Dass Afghanistan ein durch und durch korrupter Staat ist, wo Machtmissbrauch alltäglich ist, mag niemand mehr bestreiten. *Transparency International*, eine Nichtregierungsorganisation, die sich für Korruptionsbekämpfung engagiert, listet das Land auf Platz 176 von 180 Staaten – aber kein anderer Staat ist derart abhängig von ausländischen Militärhilfen.<sup>48</sup> Doch in den Reden von Politikern klingt es stets so, als sei die Korruption vom Himmel gefallen, ein Naturphänomen geradezu. Es ist aber kein Unfall, es ist das System, in dem sich, getreu den Regeln des Stammes, jeder am Staat, an den anderen bereichern darf, solange er nur dem Anführer gegenüber loyal bleibt.

Aber zur Korruption gehören immer zwei. Einer zahlt, einer nimmt. Und dass in Afghanistan der reiche Westen korrumpiert, sticht dem landeserfahrenen Helfer täglich in die Augen. Entwicklungshilfegelder werden in unkontrollierter Großzügigkeit verteilt und das in einem Maß, wie nirgendwo sonst. Von den 80 Millionen Euro deutscher Entwicklungshilfe an Afghanistan sind im Jahr 2006 weniger als 25 Millionen tatsächlich bei Projekten angekommen. Der große Rest ist einfach verschwunden, unterschlagen worden oder in horrenden Gehältern und sogenannten Verwaltungskosten versandet. Nach Veröffentlichung dieser Zahlen hat die Bundesregierung das Übel nicht etwa abgestellt,<sup>49</sup> sondern den Betrag auf 140 Millionen Euro erhöht.

Die meisten Afghanen haben kaum von der Milliardenhilfe aus dem Westen profitiert und kämpfen weiter ums tägliche Überleben. Von den rund 29 Millionen Einwohnern haben 42 Prozent weniger als einen Dollar täglich zur Verfügung. Nur 18 Prozent der afghanischen Frauen können lesen und schreiben; nur 23 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Wasser; 50 bis 80 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter haben keine Beschäftigung. Kriegsherren und Drogenbarone hingegen, die Präsident Karzai zur Absicherung seiner Macht mit wichtigen Posten versehen hat, werden immer mächtiger und reicher und untergraben den Glauben der Bevölkerung an die neue Demokratie.

---

<sup>48</sup> Vgl. [www.transparency.de](http://www.transparency.de)

<sup>49</sup> Vgl. SZ vom 16.02.2009; Erös, Reinhard: Einer nimmt – und einer zahlt



In einer solchen Situation an langen Atem zu appellieren, ist so richtig wie unzureichend. Neben der unverzichtbaren Geduld braucht man auch konstruktive Ungeduld: gegenüber dem eigenen deutschen und internationalen Engagement, das oft zu langsam ist; gegenüber Handlungsweisen von Verbündeten, durch die afghanische Menschen nicht gewonnen, sondern zu Gegnern gemacht werden; gegenüber einer Zentralregierung und einer bis in höchste Kreise reichenden Korruption und Verquickung mit der Drogenwirtschaft.

Dieser Konflikt ist mit militärischen Mitteln nicht lösbar. Soldaten sind vorrangig ausgerüstet und ausgebildet zur Bekämpfung gegnerischer Kräfte. Sie verfügen über Waffen mit hoher Vernichtungskraft, die im Einsatz nicht nur zur Abschreckung dienen. Die Bundeswehr soll gemäß UN-Mandat die afghanische Bevölkerung schützen. Doch vor welchen Kräften? Der Widerstand der Taliban, die Aufständischen, rekrutieren sich doch zunehmend aus ihren eigenen Söhnen. Die Aufständischen, gegen die heute vorgegangen wird, sind nicht mit den Taliban oder der Al-Qaida aus den 90er Jahren gleichzusetzen. Es sind vor allem die Söhne verarmter paschtunischer Bauern. Die Menschen in Afghanistan haben die vom Westen gegebenen Versprechen ernst genommen. Doch passiert ist viel zu wenig. Die meisten haben die Hoffnung auf eine bessere Zukunft schon wieder verloren.

Die Zentralregierung ist in vielen Regionen ohne Einfluss, die Loyalität der Menschen orientiert sich an den traditionellen Werten. Es gibt im Prinzip keine funktionierende staatliche und unabhängige Justiz. Wirtschaftlich liegt das Land am Boden, das zieht soziale Probleme nach sich in einem Ausmaß, das sich viele gar nicht vorstellen können. Es fehlt an allem, es herrscht Korruption. Die Unzufriedenheit mit diesen Zuständen ist heute ein starker Motor der Aufstandsbewegung. Zulauf erhält diese auch wegen der ständigen militärischen Gewalt durch die internationalen Truppen. Ein Wiederaufbau ist so nicht möglich.

Es gibt eine Spirale der militärischen Konfrontation. Die Aufständischen sind in den vergangenen Jahren immer fähiger und damit gefährlicher geworden. Das hatte ein massiveres Vorgehen der internationalen Truppen zur Folge. Die Zivilbevölkerung gerät dabei zwischen die Fronten. Das geht bei der Missachtung von Traditionen los. Etwa wenn das Tragen von Waffen, bei den Paschtunen eine Frage der Ehre, zur Verhaftung eines angeblichen Aufständischen führt. Und das hört mit den Bombenangriffen nicht auf, bei denen statt der jeweiligen Angreifer, die sich nach ihren Attacken rasch in Dörfer zurückziehen, vor allem Zivilisten sterben.

Der Westen muss akzeptieren, dass Afghanistan auf Dauer ein geteiltes Land bleiben wird. Es wird immer Regionen geben, die von anderen Kräften als der Zentralregierung kontrolliert werden. Weil aufständische Paschtunen aber keine Gefahr für andere Staaten darstellen, gibt es keinen Grund, sich dort militärisch in dem bisherigen Maße zu engagieren. Diese Erkenntnis würde den Weg frei machen zu einer Neuausrichtung der Afghanistan-Politik. Es wird sehr viel Geld für den Einsatz der Truppen ausgegeben. Mehr Brunnen,

Straßen, Arbeitsplätze, Kliniken und Bildungseinrichtungen sind aber eine viel bessere Investition in die Sicherheit Afghanistans. Im Gegensatz dazu musste der Westen lernen, dass mehr Militär an einem bestimmten Ort dort auch mehr Aufständische nach sich zieht. Was gebraucht wird, ist eine Umverteilung der Mittel – mehr Geld in den ökonomischen Aufbau, in soziale Projekte und weniger in die Finanzierung einer militärischen Strategie, die das Gegenteil bewirkt.

Deshalb muss parallel dazu ein Versöhnungsprozess in Gang gesetzt werden. Es gibt durchaus Ansätze dazu: beispielsweise die Friedens-Jirga aus Stammesvertretern, religiösen Würdenträgern, Intellektuellen und Politikern. Solche Versammlungen repräsentieren die kriegsmüde Bevölkerungsmehrheit auch aus dem Süden und Osten. Ihnen wird in Zukunft eine wichtige Aufgabe zukommen. Für die Zeit, in der die internationalen Truppen nicht mehr im Lande sind, braucht es eine Autorität, die die inneren Konflikte in Afghanistan bewältigen kann. Diese Ansätze müssen viel stärker unterstützt werden. Man muss daran festhalten: Die afghanische Zivilgesellschaft muss gestärkt werden. Das ist die einzige sinnvolle Lösung.

Schwerpunkte einer zukunftsweisenden Politik, die im Rahmen einer internationalen Afghanistan-Konferenz unter Beteiligung aller Akteure (inkl. moderater Taliban) beschlossen werden sollte, müssen daher sein:

- Der forcierte Aufbau von Polizei, Justiz und Armee;
- ein vor allem in den Provinzen verankerter Ansatz von Aufbau und Entwicklung;
- Leuchttürme bei der Energie- und Wasserversorgung, im Straßenbau und im Bildungsbereich;
- eine Drogenbekämpfung, die Alternativen für die Mohnbauern und Interdiction gegen die Knotenpunkte der Drogenökonomie miteinander verbindet
- und die verstärkte Unterstützung zum Aufbau einer afghanischen Zivilgesellschaft.

Für Barack Obama war der Krieg in Afghanistan immer ein guter Krieg. Irak, das war George W. Bush's Krieg, begonnen aus imperialem Übermut und ideologischer Verblendung. In Afghanistan aber liegt die Sache anders: Der Feldzug ist in den Augen Obamas legitim, weil sich Amerika dort gegen die terroristische Bedrohung durch die Al-Qaida wehrt. Deshalb hatte der Präsident, nur ein paar Wochen im Amt, dem Drängen des Militärs nachgegeben und überfällige Truppenverstärkungen genehmigt. Afghanistan, das ist seither Obamas Krieg. Doch was tun, wenn der gute Krieg schlecht läuft? Der Kongressabgeordnete Jim McGovern erklärte kürzlich (Sommer 2009) nach einem Besuch in Afghanistan, er habe das schreckliche Gefühl, „*dass wir in einen endlosen Krieg hineingezogen werden*“. Das ist nichts anderes als die codierte Warnung vor einem neuen Vietnam-Krieg und die Erinnerung an die Worte des ehemaligen US-Verteidigungsministers, Robert McNamara: „*Militärgewalt von außen kann nicht die politische Ordnung und Stabilität ersetzen, die ein Volk für sich erkämpfen muss*“.<sup>50</sup>

<sup>50</sup> Vgl. McNamara, Robert / VanDeMark, Brian: Vietnam. Das Trauma einer Weltmacht, Hamburg 1996, S. 425

## Kriterien für die Entscheidung über Auslandseinsätze der Bundeswehr<sup>51</sup>

Das größte Problem der deutschen Militärpolitik ist zunächst nicht, dass womöglich falsche Entscheidungen getroffen oder unangemessen große Risiken eingegangen werden. Die bei weitem größte Gefahr ergibt sich vielmehr daraus, dass die Auseinandersetzung überhaupt nicht stattfindet. Es gibt keine seriöse Debatte darüber, was die Bundeswehr soll, darf und – vor allem – kann. Ebenso wie die große Mehrheit des Deutschen Bundestages ist auch für die große Mehrheit der Öffentlichkeit die Beschäftigung mit der Bundeswehr nicht mehr als ein lästiges Randthema. „*Freundliches Desinteresse*“ hat Bundespräsident Köhler diese Haltung anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Bundeswehr (2005) genannt. „*Gewiss, die Bundeswehr ist gesellschaftlich anerkannt*“, was das aber genau bedeute, sei nicht so eindeutig. Ein „*wirkliches Interesse an ihr*“, so stellte Köhler fest, sei „*eher selten*“.

Der Parlamentsvorbehalt, der dem Bundestag das konstitutive Beschlussrecht über die Auslandseinsätze einräumt, hat nicht dazu geführt, dass das Parlament über den Tellerrand des je aktuellen Mandats hinausblickt. Weder Regierung, noch Ministerien, noch Parlament scheinen in der Lage, in größeren Fristen zu denken oder zu handeln als in Wahlterminen – und das, obwohl die politischen Entscheidungen weit über diesen Zeitraum hinausreichen. Warum also gibt es beispielsweise noch kein Gesetz, dass die Bundeskanzlerin / den Bundeskanzler verpflichtet, jährlich ein Leitlinien-Dokument über die Ziele und Schwerpunkte der Sicherheitspolitik vorzulegen, um dem strategischen Denken mehr Gewicht zu verleihen? Dies würde umso eher geschehen, wenn die Bundesregierung verpflichtet würde, dieses Dokument als Regierungserklärung in einer sicherheitspolitischen Debatte des Bundestages vorzulegen. Für die Abgeordneten wäre das eine Chance, über die Grenzen des Parlamentsvorbehalts hinaus die Gesamtpolitik des deutschen Auslandsengagements aus dem Alltag der Ausschüsse in die Öffentlichkeit zu bringen, transparenter zu machen und eine umfassende politische Mitsprache zu ermöglichen.

Folgende Gesichtspunkte gilt es bei einem Auslandseinsatz der Bundeswehr zu bedenken:

**Erstens:** Völkerrechtliches Mandat. Für die deutsche Politik sollte klar sein, dass Kriseninterventionen mit deutschen Soldaten nie unilateral, sondern nur im multilateralen Rahmen und mit internationalem Mandat stattfinden, in der Regel durch den UN-Sicherheitsrat. Wichtig dabei ist auch die Qualität des Mandats: Orientiert es sich an den Realitäten des Ziellandes oder der Zielregion und entspricht es den Aufgaben, die die internationale Gemeinschaft von den Soldaten und zivilen Einsatzkräften erwartet? Ist es robust genug, erlaubt es durch Bezug auf Kapitel VII der UN-Charta den Interventionskräften, ihre Ziele auch gegen bewaffneten Widerstand durchzusetzen?

**Zweitens:** Erfolgsaussichten und Risiken. Hier sollten Entscheidungsträger regionalspezifischen und sicherheitspolitischen Rat einholen und nach der Akzeptanz einer Intervention und deutschen Truppen bei den Konfliktparteien wie nach der spezifischen Konfliktkonstellation fragen. Ist diese militärisch überhaupt mit einem vernünftigen Einsatz zu kontrollieren? Welches Verhältnis müssen militärische und zivile Einsatzkräfte haben? Reichen die vorgesehenen Ressourcen aus, um die gesetzten Ziele zu erreichen? Ist der beabsichtigte Erfolg der Intervention eindeutig definiert worden?

**Drittens:** Mögliche Dynamik einer Krise. Auch wenn dies Betroffenen zynisch erscheinen mag, ist es für Staaten legitim zu überlegen, ob es sich bei der jeweiligen Krise um eine rein lokale Auseinandersetzung oder aber um einen Konflikt handelt, der sich regional oder global auszuweiten droht. Falls dies nicht zu erwarten ist, kann eine Krisenintervention eher den Nachbarstaaten oder einem Regionalverband überlassen werden.

**Viertens:** Interessen und Ziele Deutschlands als europäischer und internationaler Akteur. Da globale Risiken nicht im nationalen Rahmen zu bewältigen sind, wird zu fragen sein, ob der geplante Einsatz Gefahren für Europa abwehrt. Kann er zur Beendigung regionaler Konflikte beitragen? Dient er der Bekämpfung des globalen Terrorismus oder der Stabilisierung gefährdeter Staaten? Kann er zur Absicherung von Staatsaufbau, Demokratisierung, Entwicklung und regionaler Kooperation im europäischen Umfeld beitragen? Aber auch: Stärkt eine Beteiligung deutscher Soldaten an einer geplanten Mission die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) oder die Vereinten Nationen? Trägt eine solche Mission zur Weiterentwicklung der EU als internationaler Akteur bei? Es ist auch zulässig zu erörtern, ob die Beteiligung an einer Mission dem Ansehen Deutschlands in der Welt, möglicherweise sogar dem Wunsch nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat förderlich ist, ob EU-Partner bei einer Mission in besonderem Maße engagiert sind oder ob sie einer Stärkung des Atlantischen Bündnisses dient.

<sup>51</sup> Vgl. Naumann, Klaus: Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Hamburg 2008; Chauvistré, Eric: Wir Gutkrieger. Warum die Bundeswehr im Ausland scheitern wird, Frankfurt 2009

Unsere Denkanstöße können von Ihnen unverändert abgedruckt oder von den Mitgliedern der Studiengesellschaft kostenlos bezogen werden.

Wir bitten auch unsere Interessenten und Nicht-Mitglieder um einen Beitrag zur Finanzierung der Denkanstöße (Mindestbetrag 1,00 Euro pro Exemplar + Porto). Spenden werden steuerlich anerkannt und Sie erhalten von uns eine Spendenquittung. Bis zu einem Betrag von 50 € gilt aber auch der Überweisungsbeleg beim Finanzamt. Bankverbindung: Postbank München, Konto 14 15 00-800, BLZ 700 100 80

Herausgeber: Studiengesellschaft für Friedensforschung e. V., Fritz-Baer-Straße 21, D-81476 München, Telefon und Fax 0 89 / 72 44 71 43

[www.studiengesellschaft-friedensforschung.de](http://www.studiengesellschaft-friedensforschung.de), [info@studiengesellschaft-friedensforschung.de](mailto:info@studiengesellschaft-friedensforschung.de)

Druck: Grapho Druck GmbH, Blütenweg 9, D-82008 Unterhaching. V. i. S. d. P.: Dr. Peter Barth, Rieder Straße 39, D-82211 Herrsching

10/2009